

01) In Köln wird der Ruf zum Freitagsgebet nun in der ganzen Stadt zu hören sein

11. 10. 2021



Henriette Reker, Oberbürgermeisterin von Köln · Foto: Mikhail Serbin / Sputnik / valeursactuelles.com

Wie die deutsche Wochenzeitung *Die Zeit* berichtet, werden in Köln mindestens zwei Jahre lang jeden Freitag Gebetsaufrufe ausgestrahlt.

Dieses „Modell“-Projekt ist auf zwei Jahre angelegt. In Köln dürfen Muezzine – religiöse Amtsträger, die für das Verlesen des Gebetsrufs zuständig sind – die Gläubigen freitags per Lautsprecher rufen, berichtet die deutsche Wochenzeitung *Die Zeit*. „Während in

christlichen Kirchen die Glocken geläutet werden, um die Gläubigen zu rufen, sind es in muslimischen Moscheen die Rufe des Muezzins, die zu diesem Zweck verwendet werden“, begründete Oberbürgermeisterin Henriette Reker in einer Stellungnahme. Unter Verweis auf die verfassungsrechtlich geschützte Religionsfreiheit sagte sie, das Projekt sei „ein Zeichen der gegenseitigen Akzeptanz von Religion“.

Zeigen, dass „Vielfalt wertgeschätzt wird

Es geht auch darum, dass die muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger ein „fester Bestandteil“ der Kölner Stadtgesellschaft sind. „Wer daran zweifelt, stellt die Identität Kölns und unser friedliches Zusammenleben in Frage“, betont Henriette Reker. Sie glaubt, dass der Ruf des Muezzins zeigen wird, dass „Vielfalt in Köln geschätzt und gelebt wird“. Es sei auch darauf hingewiesen, dass die wichtigsten türkischen Nichtregierungsorganisationen wie die Türkisch-Islamische Union bei der Direktion für religiöse Angelegenheiten (DITIB), Millî Görüş (IGMG) und die Türkisch-Europäische Islamische Union (ATİB) ihren Sitz in Köln haben, der größten Stadt in Nordrhein-Westfalen.

Allerdings müssen die Muezzine einige Bedingungen erfüllen. Der Aufruf zum Gebet darf nur zwischen 12 und 15 Uhr und höchstens fünf Minuten lang erfolgen. Die Lautstärke wird an den Standort der Moschee angepasst, es wird ein Grenzwert für die Lautstärke festgelegt und die Nachbarschaft muss im Voraus informiert werden. Schließlich muss jede Gemeinde eine Kontaktperson für alle Fragen der Einwohner benennen.

Quelle: valeursactuelles.com

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Razzien in 25 deutschen Städten gegen organisierte Kriminalität, die islamistischen Terrorismus finanziert – mehrere Verdächtige kamen 2015 als „Flüchtlinge“

07. 10. 2021



Polizeieinsatz (Symbolbild) Foto: flickr / Kevin Hackert (CC BY-NC 2.0)

Um genau 4 Uhr morgens stürmen schwer bewaffnete Polizisten 81 Wohnungen, Geschäftshäuser und Büros in 25 Städten in NRW, Niedersachsen und Bremen. Spezialkräfte brechen offene Türen auf.

Es geht um Geldwäsche im großen Stil, 140 Millionen Euro, Gewalttaten und Terrorismusfinanzierung.

„Wir haben heute einen Geldhahn zugekehrt“, sagte der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Reul (69, CDU) über die Mega-Razzia, an der mehr als 1.400 Menschen in 81 Objekten beteiligt waren, darunter Staatsschützer, Steuerfahnder, Spezialkräfte und 100 Mann starke Einsatzkommandos. „Es war eine Wahnsinnsache“, sagte er, eines der größten Verfahren in seiner bisherigen Amtszeit. Er nannte die Ermittlungen „bemerkenswert“.

Nach einer ersten Einschätzung wurde das Vermögen der Verdächtigen bei sieben Banken gefunden. Darunter befanden sich Autos, Gold und Bargeld in Millionenhöhe. Eine einzige Stereoanlage war 100.000 Euro wert.

Insgesamt soll die Gruppe 140 Millionen Euro bewegt haben, um Straftaten zu finanzieren oder Geld aus Straftaten zu waschen.

Geldwäsche per „Hawala-Banking“

„In den Händen der beiden Hauptangeklagten wurden nur 60 Millionen Euro durch Hawala-Banking gewaschen“, sagte der Minister. Der Begriff „Hawala-Banking“ bezieht sich auf kriminelle Finanztransaktionen, die von mafiösen Strukturen unter Umgehung von Finanzministerium und staatlichen Kontrollen durchgeführt werden.

„Die Ermittlungen richten sich gegen Mitglieder eines internationalen Geldwäsche- und Hawala-Netzwerks“, sagte NRW-Justizminister Peter Biesenbach auf einer Pressekonferenz.

Gefährder, „relevante Personen“ und Gotteskrieger dabei

67 Personen werden beschuldigt, Teil des Netzwerks zu sein, das nach den bisherigen Erkenntnissen seit 2016 aktiv ist. Gegen elf von ihnen wurde Haftbefehl erlassen, und sie werden derzeit verhört.

Ein Ermittlungsrichter am Oberlandesgericht Düsseldorf hat bereits einen Syrer wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland in Untersuchungshaft genommen. Er wird verdächtigt, 2013 eine Kampfeinheit in Syrien geführt zu haben.

Bei den Verdächtigen handelt es sich um 44 Syrer, zehn Deutsche, fünf Jordanier und fünf Libanesen, insgesamt Verdächtige von acht Nationalitäten. Zwei werden als islamistische Gefährder eingestuft, zwei weitere als „relevante“ Personen. Nach Informationen der Medien sind viele der Verdächtigen 2015 als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen.

NRW-Innenminister Herbert Reul sagte:

„Die Tatverdächtigen bringen mit ihren kriminellen Aktivitäten alle ehrlichen und anständigen Flüchtlinge in Misskredit, die hier zu Recht Schutz suchen. Ich finde es unendlich perfide

und bösartig, dass manche Menschen behaupten, sich hier ein Leben fernab des Krieges aufbauen zu wollen, und dann schwere Verbrechen begehen. Noch schlimmer ist es, wenn die Erlöse aus diesen Aktivitäten in den Nahen Osten fließen, um dort angeblich den Terrorismus zu finanzieren.“

Die Polizei ist sich sicher, dass die Millionen zur Finanzierung des Terrorismus verwendet wurden. Darüber hinaus wird den Angeklagten vorgeworfen, zu Unrecht von Sozialleistungen profitiert zu haben. Auch Gewalttaten wie bewaffnete Raubüberfälle und Geiselnahmen zur Eintreibung bestehender oder angeblicher Schulden sind Teil der Anklage.

Gegen einen der Tatverdächtigen, einen 39-jährigen syrischen Staatsangehörigen mit Wohnsitz in Nordrhein-Westfalen, wurde zudem vom Ermittlungsrichter des Oberlandesgerichts Düsseldorf Untersuchungshaft wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung angeordnet. Der Beschuldigte wird verdächtigt, sich 2013 in Syrien der ausländischen terroristischen Organisation „Jabhat al-Nusra“ (JaN) angeschlossen und anschließend eine Kampfereinheit geleitet zu haben. Die Staatsanwaltschaft Düsseldorf, die zentrale Terrorismusbekämpfungsstelle des Landes Nordrhein-Westfalen, ist für die gesonderten Ermittlungen zuständig.

Ausgangspunkt für die Razzia in drei Bundesländern war ein Vorfall im Mai 2020: Auf der A61 kam ein Auto von der Straße ab. Da sich die Insassen verdächtig verhielten, wurden die Beamten misstrauisch – sie entdeckten 300.000 Euro in einer Sporttasche.

Die Razzien am Mittwochmorgen wurden so früh durchgeführt, um den Überraschungseffekt auszunutzen. Der Angeklagte darf keine Zeit haben, die Beweise zu vernichten.

Die Ermittler holten Datenträger wie Computer und Mobiltelefone in Kisten und Taschen aus den Gebäuden und luden sie in Lastwagen und Autos. Die Bewertung wird wahrscheinlich Wochen dauern. Speziell ausgebildete Datenspürhunde helfen den Ermittlern bei der Suche nach den Gegenständen.

Bislang wurden zahlreiche Beweismittel und Gegenstände im Wert von über drei Millionen Euro sichergestellt, darunter Luxusautos, wertvolle Uhren, Gold und Schmuck.

Quelle: [FDS](#) / [BILD](#) / [Presse Portal](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Acht „deutsche“ IS-Gotteskriegerinnen mit 23(!) Kindern per eigens gecharterten Flugzeug zurückgeholt



Symbolfoto: Foto: pxhere / CC0 1.0

BERLIN – Acht Frauen sowie deren 23 (!) Kinder seien in der Nacht zum Donnerstag eingereist, teilte Bundesaußenminister Heiko Maas (55, SPD) mit. Eine Chartermaschine mit ihnen landete am Mittwochabend kurz vor Mitternacht auf dem Frankfurter Flughafen. Mit an Bord: mehrere Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes und des Bundeskriminalamtes, berichtet [BILD](#).

Mit US-Hilfe aus kurdischem Kamp – per Charterflugzeug nach Berlin

Geld spielt natürlich, wie so oft, keine Rolle, wenn es darum geht, Deutschland mit Leuten zu fluten, die überhaupt nicht hierher passen. So auch diesmal: Ein Team des Auswärtigen Amtes und des Bundeskriminalamtes hat mit Unterstützung der US-Luftwaffe acht „deutsche“ ISIS-Frauen und deren Kinder aus einem kurdischen Camp in Nordsyrien geholt. Neben den enormen Vorlaufkosten samt eigens gechartertem Flugzeug, kommen jetzt noch Unsummen an Haft-, Gerichts- und Betreuungskosten dazu, denn die meisten der Hereingeholten wurden aufgrund ihrer Aktivitäten im Zuge des Heiligen Krieges unmittelbar nach Ankunft im Land der Ungläubigen festgenommen. Um deren hoffnungsvollen Nachwuchs wird sich wohl der Staat kümmern müssen.

Wozu der Aufwand?

Bei den „Heimkehrerinnen“ handelt es sich durchwegs um deutsche Staatsbürger und es erhebt allerdings die Frage, wie „deutsch“, außer der nachgeworfenen Staatsbürgerschaft die hereingeholten Damen z.B. Yalda A. aus Bremen, Solale M. aus Hamburg, Ouidad A. aus Frankfurt, Romina S. aus Münster sind. Und wer sind die Väter der Kinder dieser „Deutschen“? Auch alles „Deutsche“ oder eher arabische Gotteskrieger vor Ort? Werden die im Zuge des „Familiennachzuges“ uns auch bald bereichern?

Und noch eine Frage steht im Raum: Warum tut man es den Leuten an, künftig im Land der Ungläubigen und Rassisten leben zu müssen? Könnten die nicht ihre kulturellen und

religiösen Potentiale in islamischen Ländern weitaus besser entfalten, als dort, wo hinter jedem Busch ein „Nazi“ auf sie lauert? Die haben sich doch nicht ohne Grund von hier vertschüßt – hätte man sie nicht doch besser dort lassen sollen? Wäre das nicht einen Win-win-Situation für beide Seiten gewesen?

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Erinnerung an den Tag der Deutschen Einheit 2015

04. 10. 2021



3. Okt. 2015 Auszug aus dem Buch *“Helyzet van! Migráció szürreál”* von IRÉN RAB (Budapest, Garbo K. 2016)

Das große Deutschland ist ein viertel Jahrhundert alt geworden. **Das kleine Ungarn hat dafür seinerzeit sein Bestes gegeben**, Zuflucht für die DDR-Bürger, die nicht zurück wollten, es gab ihnen zu essen und zu trinken, kutschte sie an die Grenze, öffnete Zäune und **nahm damit die Kritik des Ostblocks und auch eine nicht auszuschließende sowjetische Retorsion in Kauf**. Vergessen wir nicht, dass im Sommer 1989 noch die weichen Kommunisten an der Macht waren, die sich zwar auf Verhandlungen mit der Opposition einließen, aber die bewaffneten Kräfte auf ihrer Seite hatten! Auch wenn diese vielleicht schon über ihr Überleben und die Rettung ihrer Macht nachdachten, war ihre Reaktion unvorhersehbar.

Eine Zeit lang war Deutschland dankbar, dann begann es diese selbstlose Hilfeleistung zu vergessen und **heute sieht Deutschland im kleinen Ungarn das gemeinsame Feindbild des Westens**. Die Person des Ministerpräsidenten wurde derart dämonisiert, dass sein Name nicht mehr nur seine staatsrechtlichen Würden umfasst, er ist als Lehnwort in die deutsche Sprache aufgenommen worden:

Orbanisierung.

Das ist der Ausdruck dafür, wenn eine Gruppe, eine Partei oder ein Land sich so ausrichtet, so denkt, so handelt wie es den Prinzipien Orbáns entspricht. Mir gefällt vor allem die Wortschöpfung selbst und ich frage mich, wofür sie in der deutschen Sprache **Synonym** sein wird. Wird das Wort sich in der **Alltagssprache** verwurzeln oder bleibt es auf die **Sprache der Politik** beschränkt? Wird es einmal einen **positiven Beiklang** haben oder benutzt werden, um Kindern **einen Schrecken** einzujagen? (Obwohl wir natürlich, Gott bewahre, seit Grimm, Hoffmann und Hauff keinem Kind mehr einen Schrecken einjagen wollen!)

Das Land hat also gefeiert: Feuerwerk, Bier und Bratwurst, Straßenfest und die nicht wegzudenkenden **Festreden**. **Ungarn wurde darin kaum noch erwähnt**, die große deutsche Einheit ist von Bismarck an über Hitler bis heute unter Assistenz des kultivierten Westens zustande gekommen, wir wurden dort nicht gefragt. **Es reicht, dass wir die Drecksarbeit erledigt haben, wie auch heute.**

Die große feierliche Rede wurde dieses Jahr **in Frankfurt** gehalten, mit einem Auftritt des **Bundespräsidenten Joachim Gauck** und des **hessischen Ministerpräsidenten, Volker Buffier**. **Mutti Merkel** saß zwischen ihnen, lachte, **sprach aber nicht**, mit der Innenpolitik verschont die Partei sie dieser Tage. Verschont wurden die Redner allerdings nicht, von den Kommentarschreibern bekamen sowohl Gauck als auch Buffier eine Abrechnung.

Der ehemalige **Ossi-Pastor Gauck** sprach ganz so, wie es einem Pastor würdig ist: „*Unser Herz ist weit. Aber unsere Möglichkeiten sind endlich.*“ Er wies dem Volk den Weg der Akzeptanz und gab damit der aktuellen Krisensituation einen **historischen Rahmen**.

Denn was jetzt im Zuge der Flüchtlingsfrage geschieht ist eine Wiederholung der Vergangenheit, vor einem viertel Jahrhundert war die deutsche Wiedervereinigung eine ebenso große wirtschaftliche und gesellschaftliche Herausforderung,

das ruft bei Gauck das Déjà-vu hervor. So wie damals wächst auch jetzt zusammen, was zuvor nicht zusammengehörte, es muss nur der **richtige Anknüpfungspunkt zwischen Ureinwohnern und Ankömmlingen gefunden werden**, und dafür brauchen wir nichts anderes als **Geduld**, die Rose kommt ganz von alleine.

Der Frankfurter Gastgeber empfing im Namen des offenen und toleranten wiedervereinten Deutschlands alle Anwesenden, unter denen sich auch **Delegierte aus den Reihen der Flüchtlinge** befanden. „*Seien Sie herzlich willkommen!*“ begrüßte der Minister sie auf Deutsch und ganz **im Zeichen der Willkommenskultur**. Das ließ bei den **Komentarschreibern** alle Sicherungen durchbrennen, denn sie waren zu diesem großdeutschen Feiertag schließlich **nicht eingeladen worden, weder sie, noch die Obdachlosen, noch die Hartz-IV-Empfänger, nicht mal für die mittellosen Rentner** waren Klappstühle aufgestellt worden.

Auch Gauck bekam in den Kommentaren viel Geschimpfe ab, vor allem einer seiner Sätze blieb vielen im Halse stecken: Die „*Einheimischen*“ (er hat Einheimisch gesagt!) müssten sich „*an ein Land gewöhnen, in dem Vertrautes zuweilen verloren geht.*“

Warum sollten wir?! **Wir haben ein Recht auf unsere eigene Identität!** Warum müssen wir uns umgewöhnen? **Sollen doch die Flüchtlinge sich an uns gewöhnen!** – schrie das

Volk virtuell auf. Einige zitierten den hier passenden **Artikel 56 und 64 des Grundgesetzes** „Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden ... werde. So wahr mir Gott helfe“. – Wir wurden nicht gefragt, ein Demagoge hat gesprochen, die Politik will es so, wir nicht. **Die Ossis verbatেন sich sogleich den Vergleich, wir waren auch Deutsche, wir haben die gleiche Sprache gesprochen, hatten die gleiche Religion und wir hatten auch ein Zuhause.** Damals wuchs zusammen, was zusammengehörte...

Ungarnreal

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [UNGARNREAL](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Ungarn zur deutschen Wahl: Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und Wahlbetrug

Die Fahne der „Freiheit, die die Welt verändert“ weht im Oktoberwind. Es lebe Deutschland in Rot und der Internationalismus!

Von Péter Sárvári

04. 10. 2021



Bildquelle: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Marx_-_Engels_-_Lenin_-_Stalin.png

Letzten Sonntag sind die Menschen, die in einem kapitalistischen Traum eingelullt worden waren, wie Dornröschen aufgewacht und hatten nach 16 Jahren Hunger auf Sozialismus. Olaf Scholz hatte als moderner Epigone von Marx-Engels-Lenin-Stalin ein Programm der sozialen Gerechtigkeit verkündet und die fortschrittliche deutsche Öffentlichkeit mitgenommen – und das nicht ohne Erfolg.

Seite 99 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 801 vom 12.10.2021

Die rote Krake hatte ihre Tentakel allmählich im öffentlich-rechtlichen Fernsehen eingehakt, verherrlichte allerdings in den Wochen vor der Wahl noch das CDU/CSU-Bündnis.

Armin Laschet, der Kanzlerkandidat der CDU, hatte behauptet, er sehe in den Reihen der SPD nur „theoretische Schwätzer“. Am Wahltag hieß es dann in allen Medien, er sei gar nicht wahlberechtigt, weil er für seine eigene Partei gestimmt habe, und zwar auf eine Weise, die für die Kameras deutlich sichtbar war: Er hatte seinen Stimmzettel verkehrt herum gefaltet und in die Wahlurne gesteckt.

Aber stört es jemanden, wenn ein Politiker seine eigene Partei unterstützt? Die Deutschen, JA. Sie forderten die Öffnung der Wahlurnen und behaupteten, Laschets Stimme sei ungültig. Denn durch seinen Fehler habe Laschet das Abstimmungsgeheimnis verletzt.

In Berlin wäre dies nicht einmal ausgeschlossen gewesen. In der Hauptstadt fanden gleichzeitig Bundes-, Parlaments- und Bezirkswahlen sowie eine Abstimmung statt.

Die Sozialdemokraten jonglieren mit den Zahlen

Wir haben schon immer gewusst, dass die Sozialdemokraten Meister im Jonglieren mit Zahlen sind und eine Wahl sogar mit 110 % gewinnen können, wenn sie ein paar LKW-Ladungen blauer Stimmzettel zur Verfügung haben. Doch diesmal wurden in Berlin zu wenige Stimmzettel abgegeben.

Eine interessante Anomalie ist, dass die Wahlkarten auf Bundesebene am frühesten ausgingen. Die Mitglieder der Zählkommissionen sahen das Problem kommen, aber der Nachschub kam wegen der Staus in Berlin erst einige Stunden später.

Schließlich kamen die fehlenden Stimmzettel mit dem Fahrrad. Aber die meisten Wähler wollten nicht warten, bis die Störung vorbei war, und so gingen viele, ohne zu wählen.

Jetzt wissen wir, von wem Gergely Karácsony gelernt hat, Bürgermeister zu sein (Anm. d. Red.: Gergely Karácsony ist der Führer der linken Opposition in Ungarn, die die Bürgermeisterwahl in Budapest gewonnen hat).

Eine beeindruckende Anzahl ungültiger Stimmen

Neben den Warteschlangen vor den Wahllokalen gab es noch ein weiteres Problem. In 99 Wahlkreisen wurde eine beeindruckende Zahl ungültiger Stimmen für die Kandidaten des Berliner Abgeordnetenhauses abgegeben. Tatsächlich gab es 13.120 ungültige Stimmzettel. Darüber hinaus gab es in 16 Wahlbezirken mehr Stimmen als Wahlberechtigte im Wahlbezirk leben. Wir sind daher nicht überrascht, dass die Rote Koalition (SPD-Grüne-Linke) nun für eine weitere Legislaturperiode in der deutschen Hauptstadt regieren kann. Man könnte sogar sagen, dass ihr Fünfjahresplan ein wenig zu gut gelungen ist.

Erhebt euch und leuchtet, ihr Roten, ihr Proletarier, ihr Soldaten des Kampfes! Heute warten große Arbeiten auf Sie, die Paläste stehen noch!

Sie werden sich umso besser halten, als die Bourgeoisie, die die Wohnungsgenossenschaften kontrolliert, die Armen ausraubt, indem sie von ihnen Miete verlangt. Bei der Abstimmung am Sonntag stimmten die Berliner für eine Schwächung dieser Genossenschaft.

Die linke Führung will hier Abhilfe schaffen, indem sie 240.000 Wohnungen AUSSTATTET und in kommunales Eigentum überführt, wobei sie dies in schönen modernen Worten ausdrückt.

Stalin würde seinen Augen nicht trauen, wenn er sähe, wie sich Deutschland in fast 80 Jahren „entwickelt“ hat. Die moderne sozialistische Weltrevolution drang zunächst in die Vereinigten Staaten ein und erreichte dann nach und nach Europa.

Anstelle von Proletariern sind es die gehirngewaschenen westlichen Progressiven, die ihre Ideologie zum Leben erwecken werden, und die nun vier Jahre Zeit haben werden, um herauszufinden, wie die „Feuerfahne“ sie verbrennen wird.

Quelle: [PestiSracok](#) (Die Pester Schratzen)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Die deutsche Armee liegt in Trümmern

04. 10. 2021



Von 245 Leopard II Panzern sind nur 101 einsatzbereit - Foto: Boevaya mashina / wikimedia (CC BY-SA 4.0)

Die deutsche Armee, die bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs als die stärkste und modernste Armee der Welt galt, ist nicht mehr in der Lage, ihr Land angemessen zu verteidigen.

Dass die Bundeswehr verrottet, dass Kampffjets und Kampfhubschrauber nicht fliegen können, Kriegsschiffe kampfunfähig sind und U-Boote nicht tauchen können, berichtete [Politico](#) bereits 2019, als Ursula von der Leyen Verteidigungsministerin war und sich mit den Worten verteidigte, dass „der Tiefflug der letzten 25 Jahre nicht in ein paar Jahren aufgeholt werden kann“.

Von der Leyen wurde auch heftig dafür kritisiert, dass sie Hunderte von Millionen Euro für Berater ausgab – McKinsey und Accenture wurden beauftragt – und es trotzdem nicht schaffte, die Schmutzwäsche der Armee zu waschen. In einem Gespräch mit *Politico* sagten deutsche Berufssoldaten, dass sie es vorziehen, bei der Arbeit Zivilkleidung zu tragen, um aggressive Blicke und unhöfliche Bemerkungen zu vermeiden.

Es hat sich herausgestellt, dass weniger als zwanzig Prozent der achtundsechzig in Dienst gestellten Tiger-Kampfhubschrauber und weniger als dreißig Prozent der 136 Eurofighter-Kampffjets überhaupt fliegen konnten, so dass frustrierte Piloten die Luftwaffe in Scharen verlassen.

Kürzlich hat die [AfD-Fraktion im Hessischen Landtag](#) erneut den Zustand der Bundeswehr unter die Lupe genommen und ein „Faktenbuch“ erstellt. Darin stellten sie fest, dass die Lage der Armee immer katastrophaler wurde. Im Jahr 1989 bestand die Bundeswehr aus fast einer halben Million Soldaten. Die Wehrpflicht wurde von dem ehemaligen Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg ausgesetzt, d. h. sie wurde zwar nicht per Gesetz abgeschafft, wird aber nicht mehr unbegrenzt eingesetzt.

Die deutsche Armee sei heute nicht mehr in der Lage, ihr Land angemessen zu verteidigen, so die AfD-Fraktion. Derzeit sind nur einhundertundeins der 245 Leopard-II-Panzer einsatzbereit. Nur zwanzig der dreiundneunzig Tornado-Kampfflugzeuge und nur zwölf der dreiundfünfzig Tiger-Kampfhubschrauber.

Hinzu kommt, dass die politisch korrekte Sprache auch die Bundeswehr infiltriert hat. Zum Beispiel dürfen Kommandanten nur noch als „Teamleitung“ bezeichnet werden...

Quelle: [Demokrata.hu](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) „Energiewende“ soll dank „Klimakrise“ und Klima-Hysterie Groß-Konzernen Milliarden Gewinne verschaffen

04. 10. 2021



Die Energiewende soll sich zum Milliardengeschäft entwickeln. Foto: Bild: catlovers / flickr.com / (CC BY-SA 2.0)

Teil 1: „Energiewende“, oder wie die Finanzindustrie gerettet werden soll

Von REDAKTION | Viele haben sich vielleicht schon gefragt, wer oder was hinter der irrationalen Klimahysterie steckt, die vor allem von bundesdeutschen und österreichischen Medien inszeniert wird? Wer hat eigentlich überhaupt die Macht, eine derartige Kampagne auf Schiene zu bringen? Die “Grünen” sind es sicher nicht, denn die sind so quasi nur die Propagandaabteilung für die “Friday for Future-Bewegung”, also bloß die Fußsoldaten. Die Mainstream-Medien selbst funktionieren seit ewigen Zeiten nach dem Prinzip “wess Brot ich ess, des Lied ich sing”. Also wessen Lied wird da gesungen?

Nach Nullzinspolitik suchen Anleger nach sicheren Einnahmequellen

Forscht man einmal nach, wer in erster Linie beispielsweise in die Windparks investiert, so sind es “institutionelle Anleger”, also Banken, Versicherungen und Pensionsfonds. Schnell wird auch der Grund klar, warum das so ist: Durch die Nullzinspolitik der EZB brechen diesen Institutionen wesentliche Einnahmequellen weg. War in früheren Zeiten eine Staatsanleihe ein sicheres Geschäft, so kann jetzt damit kein Gewinn gemacht werden. Sowie die alten Anleihen auslaufen, müssen diese Gelder in neue Geschäftsfelder investiert werden, die sich wieder rentieren.

“Alternative Energien” samt Fördergelder versprechen immense Gewinne

Da kamen die “Alternativen Energien” oder besser gesagt deren Förderung gerade recht: Der Staat sicherte über Förderungen als Anschubfinanzierung eine geschäftliche Operation, die sich ohne diesen Förderungen marktwirtschaftlich nicht rechnen würde. Das war also beinahe ein genauso sicheres Geschäft wie das mit den Anleihen: eine Anleitung zum Gelddrucken. Das große Geld floss allerdings nicht in alle Arten der alternativen Energien in gleichem Maße.

Biogasanlagen und Biomassekraftwerke waren trotz Förderung kaum rentabel. Deren Anzahl stagniert bzw. geht zurück. Immer mehr Biogasbauern oder Betreiber von Heizkraftwerken basierend auf Holzhackschnitzel geben auf. Neue Anlagen werden nicht mehr gebaut. Derartige Anlagen wären zwar gut für strukturschwache Regionen, Subventionen bleiben weitgehend dort, allein das große Geld lässt sich damit nicht machen. Künftige CO₂-Abgaben sollen wo anders landen.

Anleger setzen auf Kampf gegen Klimawandel

Im Kampf gegen die Erderwärmung braucht es eine technologische Umwälzung und jährlich dreistellige Milliardensummen an Investitionen. Schon jetzt bietet sich Anlegern ein breites Feld an Aktien von Unternehmen, die an dem enormen Wachstum partizipieren wollen, berichtet die [Neue Züricher Zeitung bereits am 5. Juli 2019](#). Dort kann man lesen, dass sich im sogenannten “Alternative-Energy-Index” die Titel von Unternehmen finden, die sich mit erneuerbaren Energien befassen, so zum Beispiel der Hersteller von Windturbinen oder Stromspeicher. Der Indexanbieter MSCI hat das Band der relevanten Aktien auf fünf globale Sektorindizes verteilt. Insgesamt handelt es sich um über 200 Titel mit einer Marktkapitalisierung von rund 550 Milliarden US-Dollar.

Milliardenschwere Konzerne als Hauptprofiteure der Klimahysterie

Im Alternative-Energy-Index finden sich auch die drei größten Hersteller von Windturbinen, nämlich Vestas und Siemens Gamesa sowie das Photovoltaik-Unternehmen First Solar. Im Energy-Efficiency-Index nehmen die Titel der Bahnbetreiber Central Japan Railway und East Japan Railway sowie jene des Elektroautoherstellers Tesla die größten Anteile ein. Im Green-Building-Index sind es die Immobiliengiganten wie Kilroy Realty, GPT und Klépierre. Den Pollution-Prevention-Index führen der Katalysatorhersteller Johnson Matthey, die Recyclingfirma Umicore und der Verpackungshersteller DS Smith an. Im Sustainable-Water-Index sind zuvorderst der Hersteller von Anlagen zur Wasseraufbereitung Xylem, der Versorger Beijing Enterprise Water sowie der Hersteller von Komponenten und Systemen für die Förderung von Wasser Franklin Electric vertre.

Lesen Sie demnächst in Teil 2, warum Windparks nur in Verbindung mit Speicherkapazitäten rentabel sind und wie die Speicherkosten den Endverbraucher umgehängt werden sollen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Dr. Norbert van Handel: Das deutsche Demokratie-Defizit

04. 10. 2021



Dr. Norbert van Handel

Ein Beitrag von Dr. Norbert van Handel (Steinerkirchen/Traun) *)
In den meisten Staaten ersucht das Staatsoberhaupt, Präsident oder Monarch, den Führer der stärksten Partei eine Regierung zu bilden. Gelingt diesem das nicht, kommt der zweite dran u.s.f. In Deutschland ist dies anders und die Parteien bilden anscheinend, ohne vom Bundespräsident aufgefordert zu werden, eine neue Regierung, die dann bestätigt wird. So gut, so schön.

Wie immer aber nun man in Deutschland vorgeht, zeigt sich aus unserer – **wie bekannt immer deutschfreundlichen – Sicht** ein veritables Demokratie-Defizit:

1. Völlig unüblich ist es für Demokratien, dass eine rechtmäßig gewählte 10-Prozent-Partei wie die AfD von vorne herein als Koalitionspartner ausgeschlossen wird. **Gut, sie ist eine Rechtspartei und das darf man wohl in Deutschland nicht sein. Schlecht aber, weil sich damit die Rechte langfristig einem Koalitionspartner verweigert, den man ja in allfälligen Koalitionsverhandlungen sich zurechtbiegen hätte können.** In den meisten uns bekannten Ländern geschieht dies, etwa bei der Lega Nord oder den Fratelli d'Italia, etwa in Österreich mit der FPÖ, die schon vier Mal durchaus konstruktiv in Regierungen war oder auch in Frankreich, wo mit der Le-Pen-Partei in verschiedenen Departements und Gemeinden mitregiert wird – die Beispiele können beliebig verlängert werden, etwa in den skandinavischen Ländern oder auch in Spanien/Portugal. **Die Union und die FDP aber verschließen sich dieser Möglichkeit zum eigenen Schaden.**

2. Ein weiteres Demokratie Defizit lässt sich aus folgendem entnehmen: Herr **Scholz** hat nicht nur mit mehr als einem Prozent gegenüber Herrn **Laschet** gewonnen, sondern seine Aufholjagd – er legte mehr als fünf Prozent zu – Herr **Laschet** verlor mehr als sieben Prozent – zeigte deutlich den Wählerwillen. **Wäre es nicht selbstverständlich gewesen dies klar anzuerkennen, Herrn Scholz zu gratulieren und dann die verschiedenen Möglichkeiten, entweder Ampel, Jamaika oder auch große Koalition auszuloten?** Das geschah nicht und in einer fast lächerlichen Anstrengung versuchte der arme Herr **Laschet** den Wählerwillen umzudrehen und sich selbst in Position zu bringen. **Wie peinlich und wie komisch!** Gespräche mit hochrangigen Korrespondenzpartnern des Politischen Telegramms wiesen darauf hin, dass eine Regierung **Scholz so negativ für Deutschland wäre, dass man unbedingt versuchen müsse Jamaika hinzukriegen. Gut, wir verstehen das.** Was wir nicht verstehen ist, dass nicht selbstverständlich zuerst die Parteiführer der zwei größeren Parteien die politischen Optionen ausloten müssten. Stattdessen verlässt man sich letztendlich darauf, dass die wesentlich kleineren, die Grünen und die FDP, Möglichkeiten für eine Dreierkoalition finden. **Soll etwa der bedauernswerte Herr Lindner alles richten?** Auch das ist seltsam. Sind nicht die Großen eigentlich die, die berufen sind zuerst zu sprechen und nicht die Kleinen? Zuletzt lehnen alle, aus durchaus verständlichen Gründen, eine große Koalition ab. **Gleichzeitig sollte aber die Union wissen, dass die meisten Chancen ihre Werte durchzubringen, in einer großen Koalition liegen – diese völlig abzulehnen, verwundert.** Man muss Herrn **Laschet** allerdings zugute halten, dass er das **katastrophale Erbe der Frau Merkel zu verwalten hat.** Dazu meinte der frühere „Spiegel Chefredakteur“ **Stefan Aust** süffisant einmal: **Merkel hätte die CDU zu einer sozialdemokratischen Partei gemacht. An dieser Stelle haben wir schon seit Jahren auf die verderbliche Politik dieser Dame aufmerksam gemacht und fast jede Kritik hat sich bewahrheitet. Christian Ortner**, ein in Österreich bekannter Journalist rechter Prägung, der in zahlreichen Qualitätsmedien wöchentlich seine Kommentare veröffentlicht, meinte unter anderem kürzlich: **„Tatsächlich gilt in Deutschland der Staat weitgehend parteiübergreifend als jene Instanz, die alle brennenden Probleme von Klimawandel über teuren Wohnraum und Einkommensscheren, bis hin zu den Konsumgewohnheiten der Menschen durch ein dichtes Netz an Geboten, Verboten, an erzieherischen Maßnahmen aller Art und natürlich Steuern so lösen soll, wie das den Sozialdemokraten in allen Parteien nötig erscheint. Vor allem der Klimawandel erweist sich als Allzweckwaffe in den Händen der Etatisten und die Forderung nach einem „Systemwechsel“ – weg von der Marktwirtschaft hin zu einer Klima-Planwirtschaft – ist aus der Nische linksextemer Spinner ausgebrochen und hat sogar Teile der bürgerlichen Mitte infiziert.“ (Kuba lässt grüßen.)** Zumindest von außen beobachtet scheint dies eine veritable Erklärung für die totale Verwirrung der Union zu sein.
3. **Wäre in anderen Staaten ein Wahlchaos geschehen, wie dies in Berlin der Fall war, möchte man nicht die Kritik über demokratiewidriges Verhalten, die lautstark von Berlin bis Brüssel hallen würde, hören.** Gut, es ist passiert und soll korrigiert werden. Was aber viel mehr Sorge macht ist, dass anscheinend ohne großer Kritik der eher

rechten Linksparteien, wie es die Union ist, in einem Volksentscheid lautstark die Enteignung von Wohnungsgesellschaften gefordert wird. **So etwas hat man seit dem Niedergang des Kommunismus eigentlich nicht mehr gehört.**

4. **Von der Außenpolitik der zukünftigen Regierung darf man wenig erwarten.** So etwa nicht, dass Russland seinerzeit die Wiedervereinigung ermöglichte und deshalb zu präferieren wäre und schon gar nicht, dass ein näheres Heranrücken an die Nato für Deutschland und Europa problematisch ist. **Die Amerikaner sind nicht mehr jene, die uns Care-Pakete oder die Rosinenbomber nach Berlin schickten. Die USA sind heute ein Land, das „America first“ und weiters Weltpolizei spielen will.** Dies ist für Europa negativ, aber findet in der Diskussion in Deutschland und Europa leider keinen Niederschlag.

Wie auch immer, das Verständnis für eine übliche demokratische Haltung nach Wahlen, wo eindeutig dem Stärkeren gratuliert und ebenso eindeutig in Koalitionen durchaus auch der Schwächere erfolgreich sein kann, fehlt und man ist an den Ausspruch von **Heinrich Heine**, den er in den 40er Jahren des ausgehenden Biedermeiers machte, erinnert: **„Denke ich an Deutschland in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht.“!**

*) Webseite des Gastautors: norbert.vanhandel.at/

* * *

M7 – ein Mitteleuropa der Sieben

In der EU müssen endlich die kleinen christlichen Länder gegen den großen linksliberalen Mainstream auftreten. **Deshalb ist M7 – Mitteleuropa der Sieben – eine Gruppe aus Visegrád-Staaten, Österreich, Kroatien und Slowenien in der EU so wichtig.** Wir werden mit allen Mitteln daran arbeiten müssen, dass dies auch Wirklichkeit wird, sonst sind wir langfristig auf der Verliererstraße.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Umweltschutz statt Klimaschutz – wieder einmal ist ein Windrad Umgefallen

Von REDAKTION

04. 10. 2021



Wieder einmal ist ein [Windrad umgefallen](#). Dabei handelt sich bei diesem Unfall um keinen Einzelfall. Googelt man nach solchen Vorfällen, so findet man jede Menge Beispiele dafür.

Betroffen ist diesmal die Stadt Haltern am See, die mit dem 1978 Km² großen „Naturpark Hohe Mark“ ein wichtiges Naherholungsgebiet ist. Jetzt ist die Stadt um eine „Sehenswürdigkeit“ reicher: ein abgebrochenes Windrad. Offenbar hat man den Krempel mitten in dem Erholungsgebiet errichtet.

Sparvariante Betonplatten-Windrad

Natürlich wird in den Berichten darüber betont, dass die Ursache für den Einsturz ungeklärt ist. Betrachtet man jedoch das [Youtube-Video](#), das den Torso aus der Luft zeigt, so muss jeden Bausachverständigen sofort klar sein, wieso dieses Konstrukt eingestürzt ist: Es handelt sich um eine Art Sparvariante eines Windrades. Die Baukosten für dieses Gebilde werden in manchen Berichten mit zwei Millionen Euro beziffert, was für ein Windrad dieser Höhe ein Witz ist. Ein ordentlich betoniertes 150 Meter hohes 3MW-Windrad kostet etwa fünf Millionen Euro. Das Windrad war 240 Meter hoch und besteht bzw. bestand nur aus dünnen Betonplatten, die offenbar in einer Art Fertigteilbauweise aneinandergefügt wurden, ähnlich wie die Plattenbauten in der DDR. Man könnte auch von einer Art Kartenhaustechnik sprechen. Der Unterschied zu den Plattenbauten ist aber der, dass das Windrad gut 15 Mal höher ist als die DDR-Plattenbauten. Jedenfalls war man in der DDR so weit realistisch, dass niemand auf die Idee gekommen ist, aus solchen Platten ein ganzes Hochhaus zu errichten.

Grünlinge, die allen Ernstes glauben, mit Windrädern eine Stromversorgung aufzubauen, sind auch in Hinblick auf die Statik vollkommen sachverstandsbefreit. Offenbar hatten dilettantische Weltenretter eine gute Idee, wie man Windräder billig herstellen könnte. Eine ähnliche Idee gab es in Österreich schon vor zwölf Jahren: In einem Pilotprojekt wurde ein [Biogasbehälter aus Fertigteilen](#) aufgestellt (). Allerdings war diese Behälter nur 11,6 Meter hoch und die Montage der tonnenschweren Einzelteile war äußerst aufwendig. Durchgesetzt hat sich dieses Konzept offenbar nicht. Die Biogasbehälter werden nach wie vor vor Ort betoniert. Höchstwahrscheinlich ist diese Windradkonstruktion auch nur ein Pilotprojekt, da die Fertigteilbauweise bei Hochhäusern eher ein theoretisches Konzept ist. Insofern war es auch verbrecherisch, so ein Versuchsprojekt in einem Erholungsgebiet zu errichten, wo am Wochenende Familien mit ihren Kindern spazieren gehen.

Irrsinn dank Kostendruck

Der Vorfall zeigt, mit welchem Kostendruck die Windmühlenhersteller und mit ihnen die ganze Windenergiebranche zu kämpfen haben. Nur so ist zu erklären, wie man auf eine derartige Wahnsinnsidee kommen konnte. Auch normal betonierte Windräder haben durch die andauernden Windbelastungen ein Ablaufdatum. Durch die ständigen Vibrationen des gesamten Konstruktes kommt es zwangsläufig in dem Armierungsstahl zu Ermüdungserscheinungen, die letztendlich zum Bruch und somit zum Einsturz der gesamten Windmühle führen. Spätestens nach zwanzig Jahren ist es daher Schluss mit lustig, manchmal sogar wesentlich früher. Dann muss um viel Geld die Anlage entsorgt werden.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) Deutschland: Warum der Friedensvertrag ausblieb

Von Michael Wolski

03. 10. 2021



Helmut Kohl & Michail Gorbatschow · Foto: Bundesregierung/Jüttner

Vom 9. November 1989 zum 3. Oktober 1990: Nachdem die Mauer gefallen war, begannen zügig Verhandlungen mit den Siegermächten über die Ausgestaltung der deutschen Einheit. Gorbatschow war kooperativ – aber an einem Punkt musste er ein für Moskau gefährliches Leck abdichten, das Stalin verursacht hatte.

Für die Sowjetunion gab es bei einer Wiedervereinigung Deutschlands ein Problem. Sie hatte 1939 mit dem Deutschen Reich zwei Verträge geschlossen, die bei Wiederherstellung des Völkerrechtssubjekts Deutschland wieder Rechtsgültigkeit erlangen würden: den Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 (Hitler-Stalin-Pakt) und den Deutsch-Sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939.

Eine Spezialeinheit der Roten Armee erbeutete 1945 die Dokumente in Berlin.

Nachdem die Deutschen am 1. September 1939 Polen angriffen, besetzten und die mit den Sowjets vereinbarte Demarkationslinie erreicht hatten, reklamierte die Sowjetunion jene Gebiete Polens und Litauens für sich, die sie nach der Niederlage im Krieg gegen Polen 1919–21 hatte abtreten müssen. Damals waren auch litauische Gebiete an Polen gefallen, Stichwort Curzon-Linie.

Sprengsatz Königsberg

Beide Verträge hatten geheime Zusatzprotokolle, die – so glaubten die Sowjets – nur ihnen bekannt waren. Denn 1945 hatte eine Spezialeinheit der Roten Armee alle wichtigen Dokumente in Berlin erbeutet, darunter auch die deutschen Originale des Nichtangriffspaktes und des Freundschafts- und Beistandsvertrages nebst den Geheimprotokollen.

Was man in Moskau nicht wusste: Ein amerikanischer Agent hatte schon 1939 im Auswärtigen Amt in Berlin die Verträge und Geheimprotokolle mit seiner Leica fotografiert, seither lagerten die Filme im Archiv des State Department. International bekannt waren jedoch lediglich die Verträge, aber nicht die Zusatzprotokolle.

Besonders brisant: Unter den Geheimprotokollen war auch die «Beschreibung des Verlaufs der Staatsgrenze der UdSSR und der Staats- und Interessengrenze Deutschlands». Wollte also die Sowjetunion das von ihr im April 1946 annektierte und in ihr Staatsgebiet einbezogene Königsberg (Kaliningrad) in Ostpreußen – im Gegensatz zu den Beschlüssen der Alliierten im Potsdamer Abkommen – dauerhaft behalten, musste sie 1990:

- 1. mit den Westalliierten, die 1946 gegen die Einbeziehung Königsbergs in das sowjetische Staatsgebiet durch Stalin protestiert hatten, eine einvernehmliche Lösung finden,
- 2. beide Verträge und das Protokoll zur «Beschreibung des Verlaufs der Staatsgrenze der UdSSR und der Staats- und Interessengrenze Deutschlands» für ungültig erklären, um mögliche spätere territoriale Forderungen des wiedervereinigten Deutschlands zu Königsberg auszuschließen,
- 3. den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland vermeiden, denn dieser würde nach dem Potsdamer Abkommen eine Entscheidung erforderlich machen, was mit dem zeitweilig und treuhänderisch verwalteten Königsberg geschehen solle.



In der ursprünglichen Fassung des Abkommens war Litauen als deutsches Einflussgebiet vorgesehen. Grafik: COMPACT

Das Problem Moskaus unter dem seit 1985 im Amt befindlichen Generalsekretär Michail Gorbatschow war, dass bis Ende 1988 die Existenz von geheimen Zusatzprotokollen oder kartografierten Grenzziehungen zu den (bekannten) Verträgen von allen bisherigen Regierungen der Sowjetunion geleugnet worden war.

Man hatte in Moskau angeblich über 40 Jahre in den Archiven gesucht, nichts gefunden und die Westmächte immer böswilliger Unterstellungen bezichtigt, wenn sie auf dieses Thema zu sprechen kamen. Die von den Amerikanern erwähnten Kopien der Geheimprotokolle seien eine Fälschung, um die Friedenspolitik der UdSSR zu verleumdern.

Gorbatschow bestätigte gegenüber Kanzler Helmut Kohl die Existenz der sowjetisch-deutschen Geheimprotokolle von 1939 erst im Juni 1989 anlässlich seines Besuchs in Bonn. Aber auch er leugnete noch den Besitz der sowjetischen Originale der geheimen Protokolle. Allerdings musste er sie nach seinem Sturz Ende 1991 an den neuen starken Mann Boris Jelzin aushändigen, der sie dann 1992 veröffentlichte.

Das Tabu von Nürnberg

Um zu verstehen, wie brisant für die Sowjetunion dieses Thema seit Kriegsende und besonders 1990 war, werfen wir einen Blick zurück ins Jahr 1946.

Nürnberger Prozess, 25. März 1946: Der Verteidiger von Rudolf Heß wollte die Eidesstattliche Versicherung des Leiters der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes zur Existenz der Geheimprotokolle des Hitler-Stalin-Pakts von 1939 vorlegen und diese Protokolle auch bekanntmachen – zur Entlastung seines Mandanten. Der sowjetische Ankläger Roman Andrejewitsch Rudenko veranlasste, dass beide Anträge vom Gericht zurückgewiesen wurden.



Nürnberger Tribunal: Acht der 24 Hauptangeklagten in Nürnberg: Göring, Heß, von Ribbentrop, Keitel (vordere Reihe von links), Dönitz, Raeder, von Schirach und Sauckel (dahinter). Foto: United States Government, CC0, Wikimedia Commons

Lew Besymenski, ein bekannter sowjetischer Historiker, beschrieb in einem Bericht die Gründe, warum diese Rückweisung 1946 geschehen konnte. Im Artikel «Niemand kann uns überführen» (*Der Spiegel*, 14.1.1991) wird er über den Ablauf des Machtkampfes zitiert, der bis 1989 in der KPdSU um die Anerkennung der Existenz der Geheimprotokolle tobte:

«Gemäß der Archivadokumentation stellte sich den Anklägern schon bei der Prozessvorbereitung die heikle Frage: Was geschieht, wenn die Angeklagten die für alle vier Alliierten unerwünschten Fragen ins Spiel bringen?»

Auf Initiative der USA und Englands, von der Sowjetunion und Frankreich später unterstützt, wurde am 9. November 1945 beschlossen, dass «politische Ausfälle» der Nürnberger Angeklagten gegen die Siegermächte nicht zugelassen werden dürften. Stalin bestimmte daraufhin neun Komplexe, zu denen keine Fragen seitens der Verteidiger in Nürnberg genehmigt werden sollten:

- 1. «Das Verhältnis der UdSSR zum Versailler Vertrag.
- 2. Der sowjetisch-deutsche Nichtangriffspakt von 1939 und alle Fragen, die irgendeine Beziehung dazu haben.
- 3. Molotows Besuch in Berlin, Ribbentrops Besuche in Moskau.
- 4. Fragen, die mit dem gesellschaftspolitischen System der UdSSR zusammenhängen.
- 5. Die baltischen Sowjetrepubliken.

- 6. Die sowjetisch-deutsche Vereinbarung über den Austausch der deutschen Bevölkerung Lettlands, Litauens und Estlands mit Deutschland.
- 7. Die Außenpolitik der Sowjetunion und, en détail, die Themen der Meerengen und angeblicher territorialer Ansprüche der UdSSR.
- 8. Die Balkanfrage.
- 9. Sowjetisch-polnische Beziehungen (die Probleme Westukraine und Westbelorusland).»

Die Amerikaner, im Besitz von Kopien der geheimen Protokolle, begriffen offensichtlich aber erst zu diesem Zeitpunkt, im Winter 1945, welche Sprengkraft darin steckte – weil Moskau Fragen dazu verboten hatte. Aber da waren die Verträge in Jalta und Potsdam schon unterschrieben worden...

Stalin hatte die Westmächte über den Tisch gezogen. Im Kalten Krieg dann die Retourkutsche: Washington und London erinnerten die Sowjetunion bei passenden Gelegenheiten immer mal wieder daran, dass es die Geheimprotokolle gab und man sie genau kannte.

Die Feindstaatenklauseln sind bis heute Bestandteil der UN-Charta.

1990 kamen die Probleme und Widersprüche, die zwischen den Siegermächten 1945 notdürftig kaschiert worden waren, wieder auf die Tagesordnung. Die in der «Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin» im Amtsblatt des Kontrollrats genannten Beschlüsse der Potsdamer Konferenz waren völkerrechtlich kein bindender Vertrag.

Das von der UdSSR eroberte deutsche Gebiet (Königsberg) stand nur unter ihrer zeitweiligen und treuhänderischen Verwaltung, und zwar vorbehaltlich bis zu dem Zeitpunkt, wenn es im Zuge eines Friedensvertrages zu einer endgültigen Bestimmung der territorialen Fragen kommen würde.

In der «Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin» heißt es wörtlich:

VI. Stadt Königsberg und das anliegende Gebiet: Die Konferenz prüfte einen Vorschlag der Sowjetregierung, dass vorbehaltlich der endgültigen Bestimmung der territorialen Fragen bei der Friedensregelung derjenige Abschnitt der Westgrenze der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der an die Ostsee grenzt, von einem Punkt an der östlichen Küste der Danziger Bucht in östlicher Richtung nördlich von Braunsberg-Goldap und von da zu dem Schnittpunkt der Grenzen Litauens, der Polnischen Republik und Ostpreußens verlaufen soll. Die Konferenz hat grundsätzlich dem Vorschlag der Sowjetregierung hinsichtlich der endgültigen Übergabe der Stadt Königsberg und des anliegenden Gebietes an die Sowjetunion gemäß der obigen Beschreibung zugestimmt, wobei der genaue Grenzverlauf einer sachverständigen Prüfung vorbehalten bleibt. Der Präsident der USA und der britische Premierminister haben erklärt, dass sie den Vorschlag der Konferenz bei der bevorstehenden Friedensregelung unterstützen werden.

Die Geheimnisse von Jalta

Die Beschlüsse von Potsdam waren also nur ein Deal der Alliierten, Deutsche waren ohnedies nicht daran beteiligt. Die zeitweise Verwaltung von Königsberg war eine Entscheidung der Alliierten untereinander. Dem entgegen standen die beiden Abkommen zwischen Deutschland und der Sowjetunion aus dem Jahr 1939, die immer noch geltendes Recht waren.

«Die Forderung nach einem Friedensvertrag konnte also definitiv nicht mehr erhoben werden...» Hans-Dietrich Genscher

Außerdem war die Auslegung der im Schloss Cecilienhof gefassten Beschlüsse selbst unter den Siegermächten umstritten: So widersprachen die Amerikaner und Briten der am 7. April 1946 erfolgten Eingliederung Königsbergs in das sowjetische Hoheitsgebiet kurze Zeit später, da die Annexion im Widerspruch zum Potsdamer Abkommen stünde.

Auch die vorhergehenden Vereinbarungen der Alliierten im Krim-Städtchen Jalta vom Februar 1945 geben zum Knackpunkt Ostpreußen nichts her, was insofern relevant ist, da es in der Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin in Teil III Deutschland hieß: «Das Ziel dieser Übereinkunft bildet die Durchführung der Krim-Deklaration über Deutschland.»

Dort finden sich Regelungen zu Polen und den sowjetischen Territorien im Fernen Osten (etwa Kurilen, Sachalin), aber keine Aussagen zu Königsberg. Auch die Fragen zu China sind nicht im offiziellen Protokolltext von Jalta enthalten, während die beabsichtigte Teilung Koreas am 17. Breitengrad öffentlich verkündet wurde. Offensichtlich wurden auf der Krim mehrere geheime Zusatzprotokolle beschlossen, die bis heute nicht veröffentlicht worden sind.

In Jalta wurden auch der Entwurf der UN-Charta und der Beginn der Verhandlungen zur Gründung der Vereinten Nationen auf den 25. April 1945 festgelegt.

Die Feindstaatenklauseln – die sich gegen Deutschland, Japan und andere Achsenmächte richteten – sind bis heute Bestandteil der UN-Charta und ermöglichen es UN-Mitgliedstaaten, ohne Beschluss des Sicherheitsrats in diesen Ländern zu intervenieren, falls von diesen eine – nicht näher definierte – Kriegsgefahr ausgehe.

Wie brisant die geheimen Dokumente von Jalta auch noch 35 Jahre später für die Sowjetunion waren, zeigt eine Drohung des damaligen US-Sicherheitsberaters Zbigniew Brzezinski im Jahre 1980. Als die Krise in Polen Erinnerungen an den sowjetischen Einmarsch in der Tschechoslowakei 1968 weckte, erklärte er, im Falle einer sowjetischen Intervention sollten die USA «an die öffentliche Aufkündigung der Abkommen von Jalta denken».

Zwei plus vier gleich fünf

In den geheimen Krim-Protokollen waren vermutlich die Bedingungen zur Dauer der Verwaltung des von der Sowjetunion eroberten deutschen Gebiets definiert oder bereits ein Junktim im Falle der endgültigen Übergabe in Aussicht gestellt. Aber im veröffentlichten Teil der damaligen Vereinbarungen finden sich keine Aussagen zur Treuhänderschaft über Territorien.

Auch auf der Potsdamer Konferenz wurden nur allgemeine Regelungen (siehe oben) beschlossen und im Passus XI. festgehalten: «Die Konferenz prüfte einen Vorschlag der Sowjetregierung hinsichtlich einer Treuhänderschaft über Territorien, wie sie in dem Beschluss der Krim-Konferenz und in der Charta der Vereinten Nationen definiert sind.» Auch 1990, bei den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen zur deutschen Einheit, waren die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz, mit Ausnahme der Grenzziehung Deutschland–Polen, kein öffentliches Thema – man hatte sich offenbar schon vorher hinter den Kulissen geeinigt.

Bei der Wiedervereinigung blieben fast alle Festlegungen der Potsdamer Konferenz unberücksichtigt.

Der damalige deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher schrieb dazu in seinen Erinnerungen: «Die mir nicht unwillkommene Debatte nutzte ich dazu, das stillschweigende Einverständnis der Vier, es werde keinen Friedensvertrag und keine friedensvertragsähnliche Regelung mehr geben, offenkundig zu machen.

Die Bundesregierung schließt sich der Erklärung der vier Mächte an und stellt dazu fest, dass die in der Erklärung der vier Mächte erwähnten Ereignisse und Umstände nicht eintreten werden, nämlich dass ein Friedensvertrag oder eine friedensvertragsähnliche Regelung nicht beabsichtigt sind.»

Für das Protokoll erklärte der französische Außenminister, der den Vorsitz führte: «Ich stelle Konsens fest.» Genscher kommentiert:

«Damit war einvernehmlich niedergelegt, dass weder das Potsdamer Abkommen noch die Pariser Verträge der alten Bundesrepublik mit den drei Westmächten in Zukunft als Grundlage für die Forderung nach einem Friedensvertrag dienen konnten. Die Forderung nach einem Friedensvertrag konnte also definitiv nicht mehr erhoben werden – damit war uns auch die Sorge vor unübersehbaren Reparationsforderungen von den Schultern genommen.»

Die einzige bei den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen übernommene Festlegung der Potsdamer Konferenz war die Anerkennung der deutsch-polnischen Grenze, wie sie schon 1945 fixiert worden war, also der Oder-Neiße-Linie. Der am 12. September 1990 abgeschlossene und 1991 ratifizierte «Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland» bezog sich dann auch folgerichtig in der Präambel nur allgemein auf die Rechte der vier Mächte, ohne explizit die alliierten Beschlüsse von Jalta oder Potsdam und die darin benannten, bis zur Friedensregelung noch offenen territorialen Fragen zu erwähnen.

Moskau bereinigte parallel die aus dem Jahr 1939 resultierenden völkerrechtlichen Unwägbarkeiten: Um auszuschließen, dass das wiedervereinigte Deutschland als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches später einmal territoriale Ansprüche auf Königsberg erhebt, mussten der Nichtangriffspakt und der Grenz- und Freundschaftsvertrag mit ihren geheimen Protokollen, etwa die «Beschreibung des Verlaufs der Staatsgrenze der UdSSR und der Staats- und Interessengrenze Deutschlands», für nichtig von Anfang an erklärt werden. Diese Aufgabe erfüllte der Volksdeputiertenkongress – seit 1988 höchstes gesetzgebendes Organ der UdSSR –, der am 24. Dezember 1989, keine sieben Wochen nach dem Berliner Mauerfall, zusammentrat.

Eine vertane Chance

Damit war das Königsberg-Problem vom Tisch, jedenfalls für die beteiligten Staaten und Regierungen. Doch zumindest bestimmte Kreise in Moskau müssen das anders gesehen haben. Bezeichnend ist das vom *Spiegel* im Mai 2010 kolportierte Angebot eines sowjetischen Generals an den Leiter der politischen Abteilung der deutschen Botschaft in Moskau vom Juli 1990, auch das Gebiet um Königsberg und Umgebung mit in die noch laufenden Verhandlungen zur deutschen Einheit einzubeziehen.

Dieses Angebot muss im Zusammenhang mit der – wenige Wochen vorher – erklärten Unabhängigkeit der baltischen Staaten gestanden haben, wodurch die Sowjetunion keinen Landzugang mehr zu Kaliningrad hatte, die Stadt also eine Exklave der russischen Sowjetrepublik und damit für Moskau ein ständiges Zuschussobjekt werden würde. Die Antwort des Bonner Beamten: «Bei der Vereinigung gehe es um die Bundesrepublik Deutschland, die DDR und das ganze Berlin.»

Wenn die Sowjetunion «Probleme mit der Entwicklung des nördlichen Ostpreußens habe, so sei das ihre Sache». Im Klartext: Die Bundesregierung zeigte Moskau die kalte Schulter.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [COMPACT ONLINE](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

11) Deutschland der „kranke Mann“ Europas? Wohl kaum – eine vergleichende Illiberalismuskunde

Von Balázs Horváth

01. 10. 2021



Bild: screenshot facebook

Eine subjektive Führung durch den Irrgarten der deutsch-ungarischen Wahrnehmung, Reflexion und Selbstreflexion

2005 hatte **The Economist Deutschland zum "Kranken Mann" Europas erklärt**. Doch der Kranke hat die Wirtschaftskrise im Jahr 2008 nicht nur überlebt, sondern die deutsche Wirtschaft ist **gestärkt aus der Krise gekommen**. Wie kann man das erklären? The Economist hat 2011 darauf drei Antworten gefunden:

1. **Arbeitsmarktreformen** (Harz IV etc.). Dadurch ist es gelungen, die Anzahl der Arbeitslosen zu senken, die Anzahl der nicht Erwerbstätigen auf jeden Erwerbstätigen von 1.1 auf 1.0 zu drücken. Das veranschaulicht, vor welcher Herkulesaufgabe die Orbán-Regierung 2010 stand: in Ungarn lag dieses Verhältnis bei 1.7. Nach 11 Jahren ist diese Zahl auf 1.1 (die im Ausland arbeitenden Ungarn miteinbezogen 0.9) gesunken.
2. **Auslagerung der Produktion ins billige Osteuropa**. Osteuropa ist nicht nur billig (der deutsche Brutto-Arbeitslohn liegt zur Zeit bei knapp 20 €, der ungarische bei 5.60 €), sondern auch effizient. Dank der Zuschüsse der EU wird die osteuropäische Infrastruktur auch immer mehr entwickelt, weshalb eine nahtlose Einbindung der osteuropäischen Betriebe im Just-in-time-Workflow ermöglicht wird. Es geht aber lange nicht mehr nur um Produktion, sondern auch um Entwicklung: der neu ernannte Forschungsleiter der Budapester Bosch-Zentrale ging sogar so weit, **Ungarn das Silicon Valley der europäischen Autoindustrie zu nennen**. Umso überraschender ist, dass diese Leistung von Osteuropa in der deutschen Öffentlichkeit, wenn überhaupt, nur negativ wahrgenommen wird. *Martin Schulz*, der damalige Vorsitzende der SPD sprach sogar von einem "Job-Klau", die Verdi über soziales Dumping.
3. Am interessantesten ist aber das Phänomen, welches in Deutschland als **das Jobwunder der kleinen und mittelständischen industriellen Unternehmen** bezeichnet wird. The Economist hat sich Gedanken gemacht, wie es sein kann, dass diese Art von **Familienunternehmen**, während sie in anderen EU-Ländern fast vollständig verschwunden sind, **in Deutschland dagegen floriert**. Die Antwort ist: im Widerspruch zur liberalen Wirtschaftslehre wollen die Familienunternehmen ihren Profit nicht maximalisieren. Ihr Ziel ist längerfristig Wert zu schöpfen, die Firma wertvoller an die nächste Generation weiterzugeben, als sie es bekommen haben. Dabei ist diesen Unternehmen bewusst, dass dieses delikate **wirtschaftliche Ökosystem nur gemeinsam überlebensfähig ist**. Aus diesem Grund wählen sie auch dann deutsche Zulieferanten, wenn es billigere ausländische Alternativen gibt. Diese Verhaltensmuster hat auch Viktor Orbán für sich entdeckt und hat ihnen sogar einen Namen verliehen. **Er nannte das "alltäglichen Nationalismus"**. Das ist ein Ausdruck, der alle deutschen Politiker oder Journalisten vor Entsetzen laut aufschreien lässt. Während der alltägliche Nationalismus in Ungarn jedoch eine Utopie ist, ist er in Deutschland eine alltägliche Praxis.

Es geht nicht nur um das Inland: **Die deutschen Unternehmen treten im Ausland wie eine Phalanx auf**. Es ist üblich, dass sich Manager von großen deutschen Unternehmen an einem Standort regelmäßig treffen. Es geht um Erfahrungsaustausch, aber auch um die Eingrenzung der explodierenden Lohnkosten. So würde es zumindest das *Handelsblatt* formulieren. *Die Taz* dagegen – wenn es um Bolivien und amerikanische Firmen ginge, würde es wahrscheinlich so sehen, dass die amerikanischen Firmen ein Kartell bilden, um die Löhne künstlich niedrig zu halten.

Noch schwieriger wird es, wenn ungarische Unternehmen in Deutschland etwas verkaufen möchten. Ich arbeite bei einer österreichischen Hightech-Firma. Auch wir werden mit solchen Meinungen konfrontiert, dass es zwar beeindruckend wäre, was wir alles können, aber „*wenn ihr das schon da unten hinkriegt, dann müssen das die deutschen Firmen schon viel länger und viel besser machen können*“. **Man kann sich ausmalen, wie schwer es für ein osteuropäisches Unternehmen ist, in Deutschland irgendetwas zu verkaufen.** Und wenn es doch gelingt, dann kommt die Preisfrage: Das Standardargument, das ich von mehreren ungarischen Unternehmern gehört habe: „*Ihr seid keine Deutschen, warum wollt ihr dann deutsche Preise?*“.

Und wenn ein osteuropäisches Unternehmen trotz der gedrückten Preise erfolgreich wird, dann **schaltet sich die deutsche Verwaltung ein.** In den letzten Jahren sind ungarische und polnische Logistikfirmen sehr erfolgreich geworden, aber nur – so die deutschen Bürokraten – weil die osteuropäischen LKW-Fahrer zu billig sind, und das wäre ein unfairer Wettbewerbsvorteil. Also muss eine neue europäische Regelung her: **die LKW-Fahrer müssen mehr Lohn bekommen, wenn sie in Deutschland tätig sind.** Die Tatsache, dass osteuropäische Unternehmen 2–3-mal so hohe Zinsen zahlen müssen wie die westliche Konkurrenz, scheint nicht unfair zu sein. Auch nicht, dass – wie das ungarische Kartellamt festgestellt hat – die Osis die LKW-s von den westlichen LKW-Herstellern teurer bekommen als die westliche Konkurrenz.

Also, der „**alltägliche Nationalismus**“ ist – nach wie vor – **ein essentieller Grundpfeiler der deutschen Wettbewerbsfähigkeit.** Es muss für diejenigen, die glauben, Deutschland lebe schon längst in einer postnationalen Epoche, überraschend sein. Wenn man sich in Deutschland umhört, hört tatsächlich niemals irgendetwas über **deutsche Interessen.** Ganz im Gegenteil zu Ungarn, wo Regierung und Opposition gleichermaßen über die heimischen Interessen, Heimatliebe etc. predigen. Keine Frage, **die politische Sprache in Deutschland ist viel angenehmer als bei uns.** Nichts desto trotz wünschte ich mir manchmal, dass es auch deutsche Interessen gäbe. Jetzt habe ich das Gefühl, anstatt der deutschen hören wir von europäischen Interessen. So wurde **der South–Stream, also die direkte Gasleitung zwischen Russland und Ostmitteleuropa, ein Verrat an Europa.** Als Ungarn dafür war, war ein Beweis daran, dass Orbán das Trojanische Pferd von Putin ist. Nord-Stream dagegen, also die direkte Gasleitung zwischen Russland und Deutschland, ist, wie **Heiko Maas** erklärte, **essentiell für die Energiesicherheit Europas.**

Oder der Fall vom angeblich links-liberalen *Spiegel*: Als E.ON in Deutschland 6% Gewinn erzielte, hat der Spiegel auf der Titelseite gefordert die Strompreise zu senken. Es hieß, in dieser Branche wären solche Margen nicht üblich, und hohe Strompreise wären unsozial. Zum Vergleich, zur selben Zeit hat RWE in Ungarn 17% Gewinn eingefahren. Nun, im Jahr 2010, musste die Orbán-Regierung die Neuverschuldung auf deutschen Druck drastisch senken. Der Vorschlag des IWF war, **die Renten zu kürzen.** Die Durchschnittsrente war weniger als 400 €. Also hat **Viktor Orbán** den Ratschlag des IWF nicht befolgt, sondern eine Sondersteuer für Branchen mit Extraprofit eingeführt. Das hat sowohl den Energiesektor als auch RWE getroffen. *Der Spiegel* hat diesmal keine sozialen Aspekte gesehen, sondern nur **eine populistische und xenophobe Motivation.**

Das hat einen Namen, wenn das soziale Mitgefühl nur bis zur nationalen Grenze hält, aber dieser Name hat weder mit Links noch mit Liberal etwas zu tun.

Ich finde sympathisch, dass die Deutschen grundsätzlich eine sehr positive Meinung über ihr eigenes Land haben. Aber ich finde manchmal sogar beängstigend, dass **dieser Nationalstolz nicht wahrgenommen und darauf nicht reflektiert wird.** Als 2011 im

europäischen Parlament über das ungarische Mediengesetz diskutiert wurde, hat ein CSU-Abgeordneter einen Teil aus dem neu verabschiedeten Mediengesetz von Nordrhein-Westfalen vorgelesen: der NRW-Ministerpräsident einen direkten Einfluss auf den Westdeutschen Rundfunk (WDR) hat! Die Antwort kam prompt: Eine grüne Abgeordnete hat sich empört, dass man „**in Deutschland ungarische Verhältnisse sehe**“. Damit hat sie, wahrscheinlich ungewollt, ein Paradebeispiel für vorurteilbehaftetes Denken geliefert. Das ist kein Einzelfall. Die europäische Kommission hat in ihrem extrem einseitigen „Rechtsstaatlichkeit-Report“ vorsichtig Deutschland kritisiert, da in einigen Bundesländern der Ministerpräsident Einfluss auf die Tätigkeit der Staatsanwaltschaft ausüben darf. Die Antwort:

Das sei ja kein Problem, in Deutschland werde diese Macht nicht missbraucht.

Ist das so? Wenn das so ist, wie kann man behaupten, dass in Ungarn „*die Staatsanwaltschaft unter der Kontrolle der Regierung steht*“, obwohl **der Ministerpräsident über solche Rechte gar nicht verfügt**.

Wir Ungarn erfahren von deutscher Seite solche Vorurteilhaftigkeit tagtäglich.

Es sollte niemanden wundern, dass wir in der deutschen Begeisterung für den Regenbogen oder im Knien für BLM kein Zeichen der hohen Toleranz. Vielmehr nehmen wir das als Ausdruck der moralischen Überlegenheit wahr. Diese Aktionen lösen dementsprechend **Irritation und Trotzreaktionen aus**. Das wiederum wird in Deutschland als Bestätigung für die eigene Überlegenheit wahrgenommen. Wieder einmal eine Eskalationsspirale der Missverständnisse.

Dilemma

Das ungarische Dilemma spaltet die Gesellschaft in zwei Teile.

Die Hälfte sagt: Ungarn ist klein, wir müssen den Stärkeren gehorchen: ob der Starke gerade das Nazi-Deutschland, die Sowjetunion, die EU, die Vereinigten Staaten ist, oder vielleicht einmal China wird, ist egal. Hauptsache, alles mitmachen, dann wird uns vielleicht erlaubt unsere kleinen Brötchen zu backen.

Von der anderen Hälfte der Gesellschaft wird diese opportunistische Haltung strikt abgelehnt, diese sieht die westliche Orientierung von Ungarn vor allem darin, dass wir für unsere Werte geradestehen, gerade das unterscheidet uns von den Balkanländern. Aber was können wir tun, wenn **der Westen diese Haltung von uns nicht akzeptiert**? Wie finden wir den schmalen Grat, dass wir Ungarn uns nicht aufgeben, aber auch nicht in ständigem Konflikt mit unseren Verbündeten stehen? Und mehr noch: Gibt es diesen Grat überhaupt?

Das deutsche Dilemma hat Viktor Orbán so zusammengefasst, dass Deutschland sich entscheiden muss, ob es ein **europäisches Deutschland oder ein deutsches Europa** haben möchte. Ist Deutschland also bereit, **die Vielfältigkeit der europäischen Länder zu akzeptieren**, darin die Vorteile und nicht die Probleme sehen, oder versucht es als stärkstes Land der EU, die deutschen Interessen durch die EU-Institutionen durchzusetzen? Die Selbstverständlichkeit, womit Deutschland versucht, seine Normen und Interessen in der EU durchzusetzen, liegt nicht nur an der unreflektierten Selbstschätzung, sondern dahinter

verbirgt sich ein Bild. Die Deutschen sehen die EU als einen Zug, in dem **Deutschland die Lokomotive ist, die die anderen Länder hinter sich herzieht**. Was also gut für die Lokomotive ist, bewegt den ganzen Zug.

Nun, die modernen ICE-Züge funktionieren anders. Es gibt keine Lokomotive mehr, sondern **alle Wagons haben ihren eigenen autonomen Antrieb**. Die Ingenieure haben ausgerechnet, dass sich auf diese Weise mit weniger Energie höhere Geschwindigkeiten erreichen lassen. Wenn Deutschland anstatt seiner Instinkte auf die Berechnungen der Ingenieure hören könnte, könnte das auch eine Lösung für das ungarische Dilemma liefern.

Der Autor ist Dr. phil. nat. Balázs Horváth

Ungarnreal

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [UNGARNREAL](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Österreich (Seiten 120 – 133)

12) Österreich: Kurz tritt als Kanzler zurück und flüchtet in parlamentarische Immunität

Von Redaktion

09. 10. 2021



Wien – Bundeskanzler Sebastian Kurz trat heute nach den jüngsten Ermittlungen in der Causa Inseratenaffäre nicht unerwartet zurück. Nachfolger als Kanzler wird der bisherige Außenminister Alexander Schallenberg (ÖVP) auf Vorschlag von Kurz werden. Der Rücktritt hat jedoch einen durchaus strategischen Charakter, denn

- sein Rücktritt „rettete“ die ÖVP-Grüne Koalition, denn der grüne Parteichef kündigte an, bei dem für Dienstag angekündigten Misstrauensantrag, falls Kurz noch Kanzler wäre, nicht mehr hinter ihm zu stehen und
- Kurz bleibt weiter ÖVP-Parteiboss, wird Abgeordneter und kommt somit in den Genuss der parlamentarischen Immunität, sobald er sein Nationalratsmandat angenommen hat und als Abgeordneter angelobt wird. Das heißt, dass sämtliche Ermittlungen gegen Kurz dann eingestellt werden müssen. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) kann vorerst nicht weiter ermitteln, geschweige denn Kurz anklagen.

Opposition sieht Fortsetzung des „System Kurz“

Es liegt auf der Hand, dass die Oppositionsparteien den taktischen Schachzug des halbherzigen Rücktritts entsprechend „würdigen“. SPÖ und FPÖ reagierte naturgemäß skeptisch auf den Rückzug von Kurz aus dem Kanzleramt und seinen Wechsel als Klubchef.

FPÖ-Chef Herbert Kickl bringt es auf den Punkt:



<https://www.facebook.com/herbertkickl/photos/a.1989046974706936/3043453279266295/?type=3>

Sebastian Kurz tritt die Flucht in die parlamentarische Immunität an. Kurz mag als Kanzler weg sein – aber das türkise System ist nach wie vor voll da. Das System Kurz wird weiter von ihm betrieben, nur aus einer anderen Position.

Für **SPÖ**-Chefin Pamela Rendi-Wagner sei Kurz nun „Schattenkanzler“. Der Wechsel zeige für SPÖ-Bundesgeschäftsführer Christian Deutsch, dass die ÖVP „unverdrossen das ‘System Kurz’ fortsetzen will“. Er schließt sich auch dem Standpunkt von FPÖ-Chef Herbert Kickl an, dass die Flucht in die parlamentarische Immunität die Aufklärung durch die Justiz verhindern soll.

Auch **NEOS**-Chefin Beate Meinl-Reisinger sieht das so: Bei einer Pressekonferenz am Samstagabend zeigte sie sich unzufrieden mit dem Rückzug von Kurz in den ÖVP-Parlamentsklub. Das sei „kein Neustart“, sagt sie und das „System Kurz“ finde nahtlos seine Fortsetzung. In Anspielung auf seine Rücktrittsrede „ginge es Kurz nicht um die Menschen, sondern nur um sich selbst“.

Grünen-Chef Werner Kogler will und wird die Koalition mit der ÖVP fortsetzen. Es fragt sich nur, wie lange das noch gut gehen kann.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

13) Österreich: Für Sebastian Kurz wird es jetzt eng

07. 10. 2021



Jetzt geht es Schlag auf Schlag. Für Bundeskanzler Sebastian Kurz wird's eng. Ein Schachspieler würde sagen: ein Schach folgt auf das andere

Zunächst der Vorwurf der Lüge vor dem Ibiza-Ausschuss, danach die fünfstündige Vernehmung bei der Staatsanwaltschaft am 3. September und nun das: Hausdurchsuchungen im Finanzministerium, in der ÖVP-Zentrale und im Bundeskanzleramt. Es sind vor allem die Chats, die eins zu eins von der Wirtschafts- und

Korruptionsstaatsanwaltschaft an die Öffentlichkeit gespielt wurden und die Grundlage der Ermittlungen oder Erhebungen gegen den Kanzler wegen des Verdachts der Bestechlichkeit und Bestechung bilden.

Dass Kurz bei seiner Strategie bleibt, jedes Wissen, jede Mitwirkung an derartige Machenschaften von sich weist und alles in die Verantwortung der Beamtenschaft des Finanzministeriums verweist, ist ebenfalls klar.

Juristisch will und kann ich dieses zweite Ermittlungsverfahren gegen Kurz nicht bewerten. Aber selbst wenn der Verdacht nicht von der Hand zu weisen ist, dass sich ein Organ des Rechtsstaates hier politisch instrumentalisieren lässt oder bewusst aus Nähe zu Parteien, ob grün oder rot – politisch agiert, die politische Bedeutung dieses Vorgehens ist unumstritten.

Dank Seilschaften an die Macht

Kurz kommt aus der Defensive nicht mehr heraus. Denn die Chats, die hier zur Begründung der Hausdurchsuchungen, die den Kanzler derart in Bedrängnis bringen, genüsslich zitiert werden, zeigen das System Kurz, mit dem er sich mit Hilfe seiner Seilschaften an die Macht hievte und seinen Vorgänger, den glücklosen Reinhold Mitterlehner als Parteichef der ÖVP ausbootete. Und Kern- und Angelpunkt dieser Seilschaften war eben jener Thomas Schmid, der die Machtergreifung Kurz als Mitarbeiter in dessen Kabinett und als Sektionschef im Finanzministerium vorbereitete. Dass ihn Kurz nach vollbrachter Tat mit dem Posten des ÖBAG Chefs belohnte, ist gründlich schiefgelaufen. Schmid musste bekanntlich zurücktreten.

Und nicht nur das: Kurz bleibt gar nichts anderes übrig, als jede Verantwortung auf die Beamten im Finanzministerium abzuwälzen.

Manipulierte Umfragen und Scheinrechnungen

Wie soll ein damals noch als Außenminister fungierender Sebastian Kurz denn Einfluss genommen haben oder gar manipulierte Meinungsumfragen in Auftrag gegeben haben, die dann von der „Mediengruppe Österreich“ veröffentlicht wurden und quasi den Niedergang und die Hoffnungslosigkeit der ÖVP nach außen hin dokumentierten, Kurz hingegen als der Retter der ÖVP aufgebaut wurde? Da müssen schon die Beamten selbst den Schädel hinhalten.

Der Vorwurf ist schwerwiegend: 1,3 Millionen Euro – wohlgemerkt Steuergeld – als Inseratenzahlungen mit Scheinrechnungen beglichene Veröffentlichung von Kurz genehmen Umfragen in Österreich. Dass sich der Medienkonzern dagegen öffentlich zur Wehr setzt, zeigt, dass Feuer am Dach ist. Denn den Verdacht der Käuflichkeit hat der Medienkonzern umgehend von sich gewiesen. Dem wahlberechtigten Bürger dreht sich der Magen um. Putin wird schon gelenkte Demokratie vorgeworfen. Bei uns wird auch gelenkt, leaked und manipuliert. So geht jedes Vertrauen verloren, in die Regierung und in den Rechtsstaat.

„Kurz muss weg“

„Kurz muss weg“ ! In diesen Ruf stimmen alle Oppositionsparteien jetzt ein, von SPÖ über Neos bis zur FPÖ. Das ist aber schon das Einzige, was die Opposition eint. Wenn bereits der Kurier über mögliche Nachfolger für den Wunderkanzler und meiner Meinung nach

immer überschätzten Kurz spekuliert, heiß das etwas. Das ist ein Indiz, dass trotz des fast 100%igen Votums für Kurz als Parteichef der ÖVP, die Stimmung wesentlicher Influencer in der ÖVP zu kippen droht. Kurz sollte sein Amt zumindest bis zur Klärung der Vorwürfe sei Amt ruhen lassen.

Zur Autorin:

Ursula Stenzel war von 1972 bis 1995 ORF Auslandsredakteurin, vielen Zuschauern der Zeit im Bild als Moderatorin bekannt, von 1996 bis 2005 Abgeordnete zum Europaparlament und Leiterin der ÖVP Delegation, von 2005 bis 2015 Bezirksvorsteherin des ersten Bezirks in Wien, von 2015 bis 2020 Stadträtin für die FPÖ im Wiener Rathaus. Da sie nun unabhängig und parteiungebunden schreiben will, ist sie aus der Freiheitlichen Partei ausgetreten, der sie aber nach wie vor nahe steht. Stenzel schreibt regelmäßig auf ihren Blog [ursula-stenzel.at](https://www.ursula-stenzel.at).

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

14) FPÖ-Chef Kickl im Interview mit Partnern der Europäischen Medienkooperation

02. 10. 2021



Auf Initiative der *Europäischen Medienkooperation* beantwortete der Bundesparteivorsitzende der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), Herbert Kickl, eine

Reihe von Fragen, die Journalisten europäischer unabhängiger Medien an ihn stellten. Das Interview erweckte weit über Österreich hinaus großes Interesse unter patriotischen Kräften.

El Correo de España (Spanien)

Frage: *Bundeskanzler Kurz hat sich auf die Seite Ungarns gestellt, das die Kontingente für afghanische Flüchtlinge ablehnt. Glauben Sie, dass die konservative österreichische Regierung diese Position beibehalten kann, wenn die Grünen ihre Verbündeten sind?*

Herbert Kickl: Vorweg ist festzuhalten, dass Österreich derzeit keine konservative Regierung hat. Während Bundeskanzler Sebastian Kurz in Österreich eine vermeintlich harte Linie in Bezug auf afghanische Zuwanderer verkündet, stimmt seine ÖVP im Europäischen Parlament unter anderem für die Neuansiedlung von afghanischen Flüchtlingen, die Einführung eines Verteilungsmechanismus, die Ausstellung humanitärer Visa, den Stopp aller Rückführungen und die Neubewertung aller negativen Asylbescheide. Dieses Abstimmungsverhalten entspricht auch der Pro-Zuwanderungs-Linie der Grünen und hier ist auch kein Unterschied zwischen der ÖVP und den Grünen bemerkbar.

Frage: *Was bringt eine solche Koalition für Österreich, und was halten Sie von der Klimahysterie in den Medien?*

Kickl: Diese Bundesregierung hat sich bislang bei allen wesentlichen Herausforderungen als handlungsunfähig erwiesen und das zeigt sich auch in den jüngsten Umfragen, wo die Regierungskoalition mittlerweile die Mehrheit in der Bevölkerung verloren hat. Die alarmistische Berichterstattung in den Medien zum Klimawandel lässt darauf schließen, dass nach der Corona-Hysterie als nächstes die Klima-Hysterie folgen wird.

Frage: *Ist die Kampagne der Regierung gegen den politischen Islam real oder nur eine Imagekampagne? Was will die FPÖ gegen die Islamisierung tun?*

Kickl: Genauso unglaublich wie die Zuwanderungsdebatte ist auch die Diskussion rund um die Bekämpfung des politischen Islam. Die FPÖ hat mit ihrem damaligen Innenminister Herbert Kickl gezeigt, dass sich Islamismus nur dann effektiv bekämpfen lässt, wenn dagegen auch restriktive Maßnahmen gesetzt werden. So hat Herbert Kickl etwa zahlreiche Imame ausweisen lassen. Vom derzeitigen ÖVP-Innenminister Nehammer ist das nicht zu erwarten. Ganz im Gegenteil hat sein Ministerium im Vorfeld des Terroranschlages in Wien im November 2020 katastrophal versagt, weil dieses Attentat zu verhindern gewesen wäre.

Frage: *Die Umfragen zeigen, dass die FPÖ in der Wählergunst steigt. Glauben Sie, dass die FPÖ bei den nächsten Wahlen wieder eine Schlüsselrolle bei der Regierungsbildung einnehmen wird?*

Kickl: Durch die konsequente und unmissverständliche Haltung der FPÖ zu den Corona-Maßnahmen der Bundesregierung und zu den völlig überzogenen Einschränkungen der Bürgerrechte ist es der FPÖ gelungen, ihre Zustimmungswerte wieder um die 20 Prozent zu stabilisieren. Wir werden unseren Weg beharrlich fortsetzen und unser Ziel ist es, mittelfristig wieder zu einer bestimmenden Kraft in Österreich zu werden.

Die Fragen stellte **Álvaro Peñas, El Correo de España (Spanien)**

Vokativ (Kroatien)

Frage: *Die Freiheitliche Partei Österreichs führte in den späten 1990er Jahren die Kampagne gegen die Einführung des Euro an, während sie Anfang der 2010er Jahre den Vorschlag unterbreitete, in der EU eine nördliche und eine südliche Euro-Währung einzuführen. Welche Position vertritt die FPÖ heute zum Euro?*

Kickl: Durch die Corona-Krise ist die volkswirtschaftliche Debatte zum Euro zwar momentan ein wenig in den Hintergrund getreten – aber die hohe Verschuldung der Union genau wegen dieser Krise sowie die massive Überschuldung der einzelnen Mitgliedstaaten werden die Frage nach der Zukunft der Einheitswährung in Kürze wieder brandaktuell machen. Die Position zum Euro ist untrennbar mit der Frage unserer Position zur Europäischen Union verbunden. Und hier hat die jüngste Entwicklung einmal mehr gezeigt, dass die Union nicht in der Lage ist, Krisenmanagement zu betreiben. Die FPÖ tritt für die Zusammenarbeit souveräner europäischer Staaten ein, die gemeinsame Währungsunion sollte jedoch nur von jenen Staaten gestaltet werden, die vergleichbaren Volkswirtschaften angehören.

Frage: *Da Österreich Mitglied der Drei-Meere-Initiative ist, was ist die Position der FPÖ bezüglich der zukünftigen Richtung der Initiative und der Rolle Österreichs darin? Was halten Sie außerdem von den jüngsten Andeutungen aus Deutschland über eine mögliche deutsche Mitgliedschaft in der Initiative?*

Kickl: Jede Stärkung der mitteleuropäischen Zusammenarbeit im wirtschaftlichen Bereich ist sinnvoll und wünschenswert. Eine Einbindung der Bundesrepublik Deutschland wäre grundsätzlich wünschenswert. Angesichts der (außen-)politischen Ausrichtung in Berlin würde so eine Einbindung jedoch vor allem Unruhe bringen und gemeinsame Positionen, wie sie unter den derzeitigen Mitgliedern durchaus gefunden werden, massiv erschweren oder gar hintertreiben.

Frage: *Die FPÖ gehörte zu den wenigen europäischen Parteien im sogenannten national-populistischen Lager, die sich mutig gegen die Corona-Diktatur aussprachen und konsequent gegen repressive epidemiologische Maßnahmen vorgingen. Was sind Ihrer Meinung nach die Gründe für die unterschiedliche Herangehensweise der verschiedenen europäischen national-populistischen Parteien an dieses Thema, und was wird das Ergebnis sein?*

Kickl: Es hat sich in den vergangenen Monaten gezeigt, dass jene Staaten, deren Präsidenten bzw. deren Kanzler als besondere „Musterschüler“ im europäischen Konzert wahrgenommen werden möchten, ganz besonders restriktiv gegen die eigene Bevölkerung vorzugehen bereit sind. Hier sind etwa die deutsche Kanzlerin Angela Merkel oder auch der österreichischen Bundeskanzler Sebastian Kurz zu nennen. Kurz etwas hat ohne mit der Wimper zu zucken auch Verfassungsbrüche in Kauf genommen und diese dann mit „juristischen Spitzfindigkeiten“ abgetan. Tatsächlich hat jede Regierung Interesse daran, möglichst genau über die Aktivitäten der einzelnen Bürger Bescheid zu wissen und Proteste auf der Straße hintanzuhalten. Dass es heute zur „neuen Normalität“ gehört, dass unbewaffnete und friedliche Pensionisten bei Demonstrationen niedergeknüppelt werden, zählt zu den Besonderheiten dieser „Corona-Krise“, die sich mehr und mehr zu einer „Demokratie-Krise“ entwickelt.

Die Fragen stellte **Leo Marić, Vokativ (Kroatien)**

Breizh-Info (Frankreich) und Lionel Baland (Belgien)

Frage: *Der konservative Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) führt eine Regierung mit seiner Partei und den Grünen, nachdem er zuvor eine Koalitionsregierung mit der patriotischen FPÖ geführt hat. Kurz verfolgt eine harte Einwanderungspolitik. Wie erklären Sie sich, dass die Grünen diese Position akzeptieren? Kann die FPÖ vor diesem Hintergrund noch wachsen, indem sie ihre Punktezahl erhöht?*

Kickl: Hier muss man vorweg widersprechen. Sebastian Kurz ist kein konservativer Politiker. Er vertritt vielmehr Beliebigekeitspositionen, die er je nach Lage anpasst. Im Jahr 2014 hat er etwa „mehr Willkommenskultur“ für Österreich eingefordert. Als dann im Jahr 2015 Millionen von Wirtschaftsmigranten und Asylforderern die Unionsgrenzen gestürmt haben, hat er erkannt, dass die Bevölkerung nicht sehr positiv auf diese Entwicklung reagiert, und hat eine vermeintlich zuwandererkritische Linie für sich entdeckt. Im Jahr 2020 hatte die Republik Österreich unter dem vermeintlich konsequenten Bundeskanzler Sebastian Kurz die höchsten Zuwanderungs- und Asylzahlen in ganz Europa, bezogen auf die Bevölkerungszahl zu verzeichnen Auch in der jüngsten Debatte rund um die Aufnahme von afghanischen Asylwerbern spricht die Volkspartei mit gespaltener Zunge. Während Kurz mit verbaler Kraftmeierei die Aufnahme von afghanischen Asylwerbern ablehnt, stimmt seine ÖVP im europäischen Parlament unter anderem für die Neuansiedlung von afghanischen Flüchtlingen, die Einführung eines Verteilungsmechanismus, die Ausstellung humanitärer Visa, den Stopp aller Rückführungen und die Neubewertung aller negativen Asylbescheide. Dieses Abstimmungsverhalten entspricht auch der Pro-Zuwanderungs-Linie der Grünen und hier ist auch kein Unterschied zwischen der ÖVP und den Grünen bemerkbar.

Frage: *Die österreichischen Patrioten der FPÖ haben eines der österreichischen Bundesländer, das Burgenland, zusammen mit den Sozialdemokraten der SPÖ regiert. Können Sie sich eine solche FPÖ-SPÖ- oder SPÖ-FPÖ-Koalition auf nationaler Ebene vorstellen? Ist eine FPÖ-Grüne-Koalition auf allen Ebenen der Macht möglich?*

Kickl: Es gibt innerhalb der Sozialdemokraten durchaus konstruktive Kräfte, mit denen eine Zusammenarbeit funktioniert und auch in Zukunft funktionieren kann. Um jedoch so eine Koalition künftig überhaupt möglich zu machen, müsste sich die SPÖ dahingehend besinnen, dass Politik vorrangig für die eigene Bevölkerung zu machen ist und dass Österreich nicht Einwanderungsmagnet für die ganze Welt sein kann. In Dänemark etwa haben die Sozialdemokraten diese Lektion gelernt und sind auch sehr erfolgreich damit.

Frage: *Jörg Haider war einer der Führer Ihrer Partei und ist immer noch der bekannteste im Ausland. Trägt die FPÖ noch sein politisches Erbe?*

Kickl: Jörg Haider war zweifelsohne ein politisches Ausnahmetalent. Trotz aller Divergenzen, die sich im Jahr 2005 ereignet haben, hat es im Jahr 2008, kurz vor dem tragischen Ableben Haiders, eine Aussprache und Annäherung gegeben. Die FPÖ des Jahres 2021 trägt nach wie vor auch die DNA von Jörg Haider in sich. Auch wenn sich die politische Welt weiterentwickelt hat.

Frage: *Patriotismus und Nationalismus sind in den Visegrad-Ländern (Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Ungarn), aber auch in Slowenien und Italien auf dem Vormarsch. Wie ist Ihr Verhältnis zu den Patrioten in diesen Ländern? Sind Sie für die Schaffung einer großen Fraktion im Europäischen Parlament, in der die patriotischen Parteien Europas vertreten sind?*

Kickl: Die FPÖ tritt seit dem Jahr 2006 für eine konsequente Zusammenarbeit aller demokratischen und konstruktiven patriotischen Kräfte auf europäischer Ebene ein. Die Schaffung einer noch größeren patriotisch-freiheitlichen Fraktion im europäischen Parlament ist nicht nur wünschenswert, diese Zusammenarbeit wird schlussendlich über Fortbestand oder Untergang des Europas, wie wir es kennen, ursächlich entscheiden. Die Gründung eines großen europäischen Bündnisses mit 16 Parteien aus 15 Staaten Anfang Juli 2021 ist dafür eine hervorragende Basis.

Frage: *Wie sollte die österreichische Migrationspolitik angesichts der Afghanistan-Krise aussehen? Sollte Ihr Land Afghanen aufnehmen? Welche Lösungen befürworten Sie für die illegale Einwanderung?*

Kickl: Die Freiheitliche Partei verfolgt seit den frühen 1980er Jahren eine konsequente Politik, wenn es darum geht, illegale Zuwanderung und den Missbrauch des Asylsystems zu bekämpfen. Auch die jüngste Entwicklung in Afghanistan zeigt, dass es vermutlich klüger gewesen wäre, nicht europäische Soldaten zur Befriedung nach Afghanistan zu schicken, sondern konsequent jene jungen, kräftigen Männer, die in Europa in den vergangenen 20 Jahren um Asyl angesucht haben, ordentlich auszubilden und für den Freiheitskampf in ihr angestammtes Land zurückzuschicken. Natürlich ist die nunmehrige Machtübernahme der Taliban nicht zu begrüßen, aber es wäre grundfalsch, jetzt die Tore Europas für alle ausreisewilligen Afghanen zu öffnen. Vielmehr muss eine innerkontinentale Fluchialternative geschaffen werden, um den tatsächlich Verfolgten in der Region Schutz und Hilfe angedeihen zu lassen und diesen – sobald es möglich ist – die Rückkehr in ihre Heimat zu ermöglichen.

Die Fragen stellten **Yann Valerie, Breizh-Info (Frankreich)** und **Lionel Baland (Belgien)**

Centro Machiavelli (Italien)

Frage: *Wie ist der Stand der Beziehungen zur Lega von Matteo Salvini? In Italien wird in den Medien häufig über den Wunsch der Partei, sich mit der EVP zu verbinden, hinter den Kulissen berichtet.*

Kickl: Die Lega ist seit vielen Jahren eine befreundete Partei der FPÖ und wir haben Matteo Salvini als verlässlichen Partner kennen und schätzen gelernt.

Die Frage stellte **Daniele Scalea, Centro Machiavelli (Italien)**

Respublika (Litauen)

Frage: *Würde Österreich strenge Sanktionen gegen Weißrussland unterstützen, weil es die illegale Migration in die EU organisiert, das Minsker Regime vom internationalen Zahlungssystem SWIFT abschneidet und das gesamte weißrussische Staatsvermögen sowie die Gelder seiner Beamten und Oligarchen auf ausländischen Banken einfriert? Oder würde eine solche Politik der totalen Isolierung von Belarus Lukaschenko nur noch weiter in die Arme Moskaus treiben?*

Kickl: Die FPÖ hat schmerzlich am eigenen Leib erfahren, wie es ist, wenn sich andere Staaten in interne Angelegenheiten einmischen, und daher werden wir diesen Fehler nicht machen. Tatsächlich verurteilen wir die Einschränkung der Bürgerrechte und der

Medienfreiheit in Weißrussland sehr. Wenn belastbare Beweise für die Behauptung im Raume stehen, dass das Minsker Regime illegale Einwanderung in die EU organisiert, dann muss das selbstverständlich Konsequenzen haben.

Frage: *Nach dem amerikanischen Fiasko in Afghanistan ist die Invasion afghanischer „Flüchtlinge“ in Europa in vollem Gange, und die Amerikaner selbst geben bereits Milliarden von Dollar für die „Integration“ der dorthin abgeschobenen Afghanen aus. Wie steht Österreich dazu: Muss auch Europa Geld für die Integration von Menschen aus einer fremden Kultur verschwenden?*

Kickl: Die FPÖ spricht sich konsequent gegen den Import von afghanischen Flüchtlingen nach Europa aus, da die Integration von Menschen aus archaischen Kulturen ins Abendland massive Probleme mit sich bringt. Wesentlich sinnvoller erscheint uns die Schaffung einer innerkontinentalen Fluchtalternative in der unmittelbaren Nähe zu Afghanistan, damit die Rückkehr der Asylwerber in ihr eigentliches Heimatland so schnell wie möglich vonstattengehen kann.

Frage: *Warum ist es Europa in den letzten 50 Jahren nicht gelungen, die muslimische Diaspora zu integrieren, und warum schaffen sie weiterhin geschlossene Ghettos in den EU-Ländern, in denen die nationalen Gesetze de facto ungültig sind, die „Scharia“ aber vollkommen gültig ist?*

Kickl: Diese Fragestellung geht von der Voraussetzung aus, dass der Islam in Europa integrierbar ist. Wesentliche Wissenschaftler wie etwa Bassam Tibi oder Hamed Abdel-Samad sehen hier prinzipielle Probleme und die Erfahrungen aus den europäischen Ballungszentren zeigen uns, dass unsere abendländische Kultur Zuwanderung aus islamischen Ländern nur in homöopathischen Dosen verträgt. Daher werden wir die Probleme mit islamischen Gegenkulturen auch mit weiteren Integrationsbestrebungen nicht in den Griff bekommen.

Frage: *Würde Österreich einen strengen Schutz der EU-Außengrenzen und den Bau von unüberwindbaren Barrieren für illegale Migranten unterstützen?*

Kickl: Das offizielle Österreich des Jahres 2021 mit Bundeskanzler Sebastian Kurz und seinem Grünen Vizekanzler würde solche Maßnahmen nicht unterstützen. Die FPÖ fordert sowohl bauliche Maßnahmen als auch die Bereitschaft, die Grenzen nachhaltig zu schützen. Als Innenminister habe ich etwa eine eigene Grenzschutztruppe installiert, deren Aufgabe es gewesen ist, sich nur mit diesem Schutz zu befassen. Eine der ersten Maßnahmen in der neuen Bundesregierung von Sebastian Kurz war es, diese Grenzschutztruppe aufzulösen.

Die Frage stellte **Algis Klimaitis, Respublika (Litauen)**

Magyar Hírlap (Ungarn)

Frage: *Welche Art der Zusammenarbeit schlagen Sie zwischen Ungarn und Österreich bei der Bewältigung der illegalen Migration vor, wie sehen Sie die ungarische Migrationspolitik?*

Kickl: Die FPÖ hat die Zusammenarbeit zwischen Österreich und Ungarn – gerade im Bereich der Migration – immer sehr forciert und steht der migrationskritischen Politik von Ministerpräsident Orbán sehr positiv gegenüber. Es wäre etwa sinnvoll, wenn es

gemeinsame Überwachungen – mit österreichischen und ungarischen Sicherheitsbeamten – an den EU-Außengrenzen gäbe, damit Ungarn diese finanzielle Last nicht alleine tragen muss.

Frage: *Welche Auswirkungen könnte Merkels Abgang auf die österreichische und europäische Politik haben?*

Kickl: Angesichts jener Personen, die sich bei der deutschen Bundestagswahl Hoffnungen machen, Angela Merkel nachzufolgen, ist unsere Erwartungshaltung eher gering, dass es zu einer merkbaren Verbesserung der deutschen Politik kommen könnte.

Die Frage stellte **Mariann Óry, Magyar Hírlap (Ungarn)**

Democracija (Slowenien)

Frage: *Ihre Partei befürwortet die Einführung eines „harten nördlichen“ und eines „weichen südlichen“ Euro. Wie wollen Sie dies tun (Kriterien, Parität...), werden zwei Zentralbanken benötigt, was bedeutet dies für die Stabilität der Union?*

Kickl: Angesichts der aktuellen Corona-Krise hat die Verschuldung der europäischen Staaten massiv zugenommen. Die ursprünglich als unumstößlich geltenden Konvergenzkriterien sind das Papier nicht mehr wert, auf dem sie geschrieben sind. Kaum ein Staat erfüllt die Auflagen bezüglich Defizit, Schuldenstand und Inflationsrate. Seit Monaten wird hinter den Kulissen die Debatte um die immer stärkere Einschränkung des Bargeldes und die Einführung eines digitalen Euros geführt. All diese Entwicklung führen darauf hinaus, dass die Nettozahler einmal mehr die Schulden der Nettoempfänger-Staaten übernehmen sollen. Diese Rechnung kann nicht aufgehen, zumal bereits nach der Euro-Krise 2008/2009 die Nordstaaten die Schulden der Südstaaten übertragen bekommen haben. Wir treten daher dafür ein, dass eine Währungsunion nur solche Staaten umfassen soll, die vergleichbare Volkswirtschaften haben und daher auch gemeinsam wirtschaften können.

Frage: *Wie sollte die Union Ihrer Meinung nach auf die neue Migrationswelle reagieren, mit der wir konfrontiert zu sein scheinen?*

Kickl: Die FPÖ tritt seit Jahren konsequent dafür ein, dass es in Europa endlich zu einem Einwanderungsstopp kommt. Neben dem politischen Bekenntnis ist es dazu auch notwendig, den Mitgliedstaaten jene Instrumente in die Hand zu geben, die notwendig sind, einerseits die Grenzen zu schützen und andererseits jene illegalen Zuwanderer, die jetzt schon hier sind, außer Landes zu schaffen. Tatsächlich hat sich die Union seit Jahren gerade im Mittelmeer absolut lächerlich gemacht, da sie als Shuttledienst für Bootsflüchtlinge die Zuwanderung noch zusätzlich forciert hat.

Frage: *Wie stehen Sie zu den Zensurversuchen (insbesondere im Internet), die die globalistischen Eliten im Bunde mit der Brüsseler Eurokratie durchzusetzen versuchen?*

Kickl: Das Internet könnte die demokratische Kultur massiv bereichern, wenn nicht permanent von autoritär angehauchten Regimen mittels Zensurverfahren die freie Meinungsäußerung massiv verfolgt würde. Daher lehnen wir alle Versuche der Einflussnahme, der Zensur und auch des Drucks auf die einzelnen Nutzer auf den diversen Plattformen ab. Die großen digitalen Plattformen vollziehen diese Einschüchterungswünsche der Regierungen nur zu gerne, da deren Steuerprivilegien auch

von ihrer Zusammenarbeit mit den einzelnen Regierungen und dem Rat der Europäischen Union abhängen. Daher ergibt sich eine unheilige Allianz zwischen den Tech-Giganten und der Union.

Die Fragen stellte **Bogdan Sajovic, Democracija (Slowenien)**

Wochenmagazin ZurZeit (Österreich)

Frage: *Wie wichtig ist Ihnen aus österreichischer und freiheitlicher Sicht eine Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Kräften in anderen europäischen Ländern?*

Kickl: Die FPÖ tritt seit dem Jahr 2006 massiv für eine Zusammenarbeit mit den europäischen Rechtsparteien ein. Wem die Zukunft Europas am Herzen liegt, der muss danach trachten, dass die patriotisch-freiheitlichen Kräfte an einem Strang ziehen. Nationale Eigenbrötelei ist hier fehl am Platz, da die Herausforderungen mannigfaltig sind und viele davon nur in einem europäischen Gleichklang zu lösen sein werden.

Frage: *Wo sehen Sie die Stärken der FPÖ in Europa, was können die Freiheitlichen zu einem besseres Europa abseits des Zentralismus beitragen?*

Kickl: Die Freiheitliche Partei hat – im Gegensatz zu vielen Neugründungen – eine lange Tradition im Parteienspektrum und daher auch innerhalb der europäischen Rechten eine große Akzeptanz. Durch die geopolitische Lage der Alpenrepublik kommt Österreich eine wesentlich wichtigere Rolle zu, als dies auf Grund der Einwohnerstärke der Fall wäre. Durch die föderalistische Struktur der Republik Österreich kommt diesem Aspekt in der politischen Debatte in Österreich eine große Bedeutung zu. Und mehr Föderalismus täte auch der Union sehr gut.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

15) Österreich: 50 % der Gefängnisinsassen sind Ausländer, obwohl sie 17 % der Bevölkerung ausmachen

02. 10. 2021



Bildquelle: pixabay.com

Die Situation in den österreichischen Gefängnissen ist nicht nur in der Wiener Justizanstalt Josefstadt äußerst prekär. Am 1. September 2021 befanden sich insgesamt 8486 Gefangene in den Justizanstalten vom Bodensee bis zum Neusiedlersee.

Besonders auffällig ist, dass genau die Hälfte der Insassen keine Österreicher sind, obwohl nur etwa 17 % der österreichischen Bevölkerung eine ausländische Staatsbürgerschaft haben. Die am stärksten vertretenen Gruppen kommen aus Rumänien, den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien, Ungarn, Nigeria und der Türkei.

Ein weiteres Problem ist, dass auch die Belegungszahlen der Gefängnisse in der österreichischen Hauptstadt eine klare Sprache sprechen. So liegt die Auslastung der Justizanstalt Josefstadt bei 115,89 %, also fast 16 % mehr Häftlinge als untergebracht werden können.

Quelle: [LesObs](#) / [Korne](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

16) „Stalingraz“: Österreichs zweitgrößte Stadt wird künftig von Kommunisten regiert

27. 09. 2021



Haefnerl/Wikimedia (CC BY-SA 3.0)

In Österreichs zweitgrößter Stadt, Graz (knapp 300.000 Einwohner), gab es am Wahlsonntag ein politisches Erdbeben. Denn die Gemeinderatswahlen in der Landeshauptstadt der Steiermark gewannen die traditionell starken Kommunisten mit ihrer

Partei KPÖ (Kommunistische Partei Österreichs). Die regierende ÖVP wurde mit herben Verlusten auf den zweiten Platz verwiesen und muss nun das Bürgermeisteramt an die 59-jährige Kommunistin Elke Kahr abtreten. Die KPÖ kam fast auf 29 Prozent der Stimmen.
Graz droht links-linke Koalition

Nun droht der Stadt eine ultralinke Koalition aus KPÖ, SPÖ und den Grünen (die ebenso stark zulegten), das signalisierten die Kommunisten bereits. Bisher regierte die ÖVP gemeinsam mit der FPÖ in einer Koalition. Letztere musste ebenfalls Verluste einstecken, mit Minus 5 Prozent jedoch weit weniger als die ÖVP.

Das Wahlprogramm der Kommunisten setzt seit Jahren auf leistbares Wohnen als Aufhänger nach Außen (neben der unbegrenzten Aufnahme illegaler Migranten, siehe Beitragsbild einer Pro-Flüchtlingsdemo). Zudem spenden die Mandatäre der Partei 2/3 ihres Gehaltes an Bedürftige und das schon seit dem Jahr 1998. Das dürfte den meisten Grazern genügt haben, um ihre Stimme nun einer kommunistischen Partei zu geben, deren Historie – ganz abgesehen vom Gedankengut – in Österreich mehr als umstritten ist.

Kommunisten in Steiermark seit Jahrzehnten stark

Die Kommunisten in Österreich blicken auf eine lange und fragwürdige Vergangenheit zurück. In der Ersten Republik plante man noch eine bewaffnete und blutige Revolution in Österreich nach dem Vorbild der Bolschewiken in Russland und der Münchner Räterepublik, da man den Zwergstaat als überlebensunfähig ansah (auch ein Anschluss an Deutschland wurde gemeinsam mit den Sozialisten kurz befürwortet). Ausgangspunkt der Planungen damals vor allem die Steiermark, als traditionell stark von Arbeitern geprägtes Bundesland. Die Umsturzversuche, die Unterstützung von bewaffneten Arbeiteraufständen und eine antizipierte Angliederung an die Sowjetunion konnten letztlich verhindert werden, vor allem durch den heute vielfach gescholtenen Bundeskanzler des damaligen Ständestaates, Engelbert Dollfuß.

Auf Druck der Sowjetunion wurden die Kommunisten in Form der KPÖ jedoch nach dem zweiten Weltkrieg ein erzwungenermaßen fester Bestandteil der politischen Landschaft Österreichs. Und nicht nur das: sie verfügen seit dem über eines der größten Geldvermögen aller Parteien im Land. Nun scheinen sie, zumindest in Graz, am Ziel ihrer Bestrebungen. Wer weiß, wohin die Reise der Austro-Kommunisten noch geht, wenn es in anderen Bundesländern und bundesweit Wahlen zu schlagen gilt.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Schweiz (Seiten 134 – 136)

17) Die Schweiz in der globalistischen Agenda des Great Reset

Von Zoran Gajic

06. 10. 2021



Bildquelle: MPI

Die Gesetze vom 13. Juni waren keine große Überraschung: Das Gesetz über den Lebensunterhalt wurde angenommen; in der Folge wurde wie bei den europäischen Nachbarn ein Gesundheitspass eingeführt, und die Schweizer Gesellschaft ist nun in zwei Kategorien von Bürgern aufgeteilt. Das Gesetz zur Bekämpfung der terroristischen Bedrohung wurde verabschiedet, was zur Folge hat, dass Gegner des gegenwärtigen Totalitarismus ohne besonderen Grund verhaftet werden können; außerdem zeichnet sich derzeit ein Skandal um den Gesundheitsminister (seit März 2020 der einflussreichste Mann des Landes) ab. Alain Berset hatte ein Kind aus einer außerehelichen Beziehung und soll die Eliteeinheit zur Terrorismusbekämpfung eingesetzt haben, um die Mutter unter Druck zu setzen. Die Korruption von Ministern ist in unseren modernen Gesellschaften nicht neu, aber sie ist dafür bekannt, dass sie vornehmer ist. Diese Affäre zeigt uns, in welcher Form die neuen Anti-Terror-Gesetze tatsächlich eingesetzt werden können, vor allem aber, dass alle Marionetten in den Schlüsselpositionen dieser Pseudokrise über eine erpresserische Macht verfügen, die auf ihnen lastet und es ihnen daher nicht erlaubt, unabhängige Entscheidungen zu treffen. Die einzige kleine Überraschung bei diesen Abstimmungen ist, dass das Klimagesetz abgelehnt wurde, aber machen wir uns keine Hoffnungen und bereiten wir uns darauf vor, vom schmelzenden Eis und dem armen sterbenden Eisbären zu hören. Wenn in unseren modernen Demokratien die Bürger gegen die von unseren Eliten gewünschte Richtung der Geschichte stimmen, werden sie gezwungen, erneut zur Wahl zu gehen, bis sie verstehen, wo sie ankreuzen sollen.

Am 26. September fand eine neue Abstimmung statt: Homosexuelle Paare haben nun das Recht, zu heiraten und eine Familie zu gründen. Mit der Zustimmung einer großen Mehrheit

der Bevölkerung reiht sich die kleine Schweiz in die zerstörerische Ideologie des 21. Jahrhunderts ein.

Nein, das schweizerische System der direkten Demokratie hat die Bevölkerung nicht vor dem totalitären Ansturm bewahrt. Es ist festzustellen, dass eine große Mehrheit der Bevölkerung passiv ist und sich zunehmend verweigert. Die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung lebt seit vielen Jahrzehnten in Materialismus, Bequemlichkeit und abgeschnitten vom Heiligen und war leichte Beute für die Neue Weltordnung. Erinnern wir uns an diese Worte aus der Bibel: „Niemand kann zwei Herren dienen, denn entweder wird er den ersten hassen und den zweiten lieben, oder er wird an dem ersten hängen und den zweiten verachten. Man kann nicht Gott und dem Geld dienen. Die Schweizer Bürger haben es nicht geschafft, der Falle der selbstgerechten Gesellschaft zu entkommen, die normalerweise für ihre melkenden Kühe und ihr stoisches Auftreten bekannt ist, es sind die Schafe, die sich selbst darstellen, indem sie in den Abgrund gehen.

Um unseren Artikel mit einer hoffnungsvollen Note zu beenden, sollten wir nicht vergessen, dass alle Dinge zum Wohl derer beitragen, die Gott lieben. Die westlichen Gesellschaften (deren Zerstörung offenbar durch den Great Reset programmiert wurde) waren schon vor der „Plandemie“ am Ende des Weges (Abwesenheit des Glaubens, Zerstörung aller Werte und der Kapitalismus in seiner Endphase): ist dies nicht die ideale Gelegenheit, eine Gesellschaft auf neuen Säulen aufzubauen? Der Staatsstreich unter den falschen Bannern der globalistischen Techno-Finanz kann nicht ewig dauern, denn wie Abraham Lincoln sagte: „Man kann einen Teil des Volkes die ganze Zeit täuschen und das ganze Volk die ganze Zeit, aber man kann nicht das ganze Volk die ganze Zeit täuschen. Dieser Irrsinn wird enden wie andere vor ihm; die eigentliche Frage ist, was danach kommt.

An einem anderen Ort und in einer anderen dunklen Zeit antwortete Starets Thaddeus (großer orthodoxer Spiritualist) auf die Frage eines Journalisten, was er von der Regierung seiner Zeit (dem jugoslawischen Kommunismus) halte, dass die Regierung nach unserem Bilde sei. Es geht also darum, uns selbst zu ändern, und der Rest wird sich ergeben.

Quelle: [MPI](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

18) Schweiz: SVP fordert eine grundlegende Neudefinition des Asylbegriffs

21. 09. 2021



Bildquelle: LesObs

Schweiz – Angesichts der drohenden Einwanderungswelle aus Afghanistan hat die SVP-Fraktion eine Dringlichkeitsdebatte über Asyl und Zuwanderung in der laufenden Herbstsession gefordert. Zur Vorbereitung dieser Debatte, die nächste Woche stattfinden wird, hat die (Schweizerische Volkspartei) SVP zwei dringliche Interpellationen eingereicht. Sie will insbesondere wissen, ob der Bundesrat bereit ist, das Schweizer Asylgesetz so zu ändern, dass es sich ausschliesslich auf Krisen in Nachbarländern konzentriert.

Die durch die Personenfreizügigkeit und das Asylwesen ausgelöste massive Zuwanderung geht ungebremst weiter. Besonders schockierend ist, dass das Schweizer Recht allgemeine und gruppierte Zulassungen vorsieht. Ablehnende Bescheide bedeuten nicht zwangsläufig, dass abgelehnte Asylbewerber die Schweiz verlassen müssen. Angesichts der bevorstehenden Welle von afghanischen Asylbewerbern fordert die SVP in der aktuellen Debatte Antworten auf Fragen zu Asyl und Zuwanderung. Zu diesem Zweck hat sie zwei Interpellationen eingereicht: 21.4002 „Paradigmenwechsel in der Asylpolitik aufgrund der bevorstehenden Migrationswelle aus Afghanistan“ und 21.4005 „Welche Massnahmen ergreift der Bundesrat zur Umsetzung von Artikel 121a der Bundesverfassung?“

Artikel 121a der Bundesverfassung legt fest, dass die Schweiz die Zuwanderung von Ausländern selbständig steuert. Dieser Artikel, der seit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative in der Verfassung verankert ist, ist bis heute nicht umgesetzt worden. Mit der Interpellation 21.4002 schlägt die SVP-Fraktion unter anderem vor, das geltende allgemeine Asylgesetz durch ein neues Gesetz für Krisensituationen in Nachbarländern zu ersetzen.

Quelle: [SVP/UDC](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER